

## IN EIGENER SACHE

Liebe Leserin, lieber Leser,

Im Mai 2018 ist die **Datenschutzgrundverordnung** (DSGVO) in Kraft getreten. Dies hat uns veranlasst, unsere Maßnahmen zum Datenschutz zu überprüfen und auf den neuesten Stand zu bringen.

Sie erhalten die jeweils aktuelle Ausgabe der **Pazifik aktuell** entweder als Mitglied des Vereins „Pazifik-Netzwerk e.V.“ oder über die Empfängerinnen- und Empfängerliste der Pazifik-Informationsstelle (kurz: Infostelle). Um Ihnen die Publikationen und andere Informationen wie gewohnt zukommen zu lassen, speichert die Infostelle Ihren Namen und Ihre Postanschrift, für den elektronischen Versand und die Kommunikation möglicherweise auch Ihre E-Mail-Adresse und Telefonnummer. Ihre persönlichen Daten werden ausschließlich zum Zweck der Zusendung der Publikationen und weiterer Informationen verwendet. Sie werden **nicht kommerziell genutzt** und ohne Ihre ausdrückliche Zustimmung nicht an Dritte weitergegeben.

Sollten Sie Mitglied des Pazifik-Netzwerks sein, werden die für die Zustellung der Publikationen benötigten Daten vom Verein an die Infostelle weitergeleitet. Die Zusammenarbeit zwischen Pazifik-Netzwerk und Infostelle wird von der Vereinbarung der Träger der Infostelle, zu denen das Pazifik-Netzwerk gehört, sowie zukünftig einer Vereinbarung zur Datenauftragsverarbeitung geregelt.

Sie können den Bezug der von der Infostelle herausgegebenen Publikationen jederzeit unter [info@pazifik-infostelle.org](mailto:info@pazifik-infostelle.org) oder telefonisch (09874 – 91220) kündigen, Ihre zu diesem Zweck gespeicherten Daten löschen lassen sowie Auskunft zu Ihren gespeicherten Angaben erhalten. Solange Sie den Bezug nicht kündigen, freuen wir uns, Ihnen auch weiterhin unsere Informationen zusenden zu dürfen.

Unter der Adresse [www.pazifik-infostelle.org/datenschutz](http://www.pazifik-infostelle.org/datenschutz) finden Sie unsere Datenschutzerklärung. Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich gerne an die Mitarbeiterinnen der Pazifik-Infostelle ([info@pazifik-infostelle.org](mailto:info@pazifik-infostelle.org), 09874 – 91220) oder an Oliver Hasenkamp, den Vorstandsvorsitzenden des Pazifik-Netzwerks ([oliver.hasenkamp@pazifik-netzwerk.org](mailto:oliver.hasenkamp@pazifik-netzwerk.org)).

August 2018  
Ihre Pazifik-Informationsstelle

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Überwachungssystem auf Moruroa modernisiert

Das französische Verteidigungsministerium hat die erfolgreiche Modernisierung der 20 Jahre alten nuklearen Überwachungssysteme auf dem Atoll Moruroa (Französisch-Polynesien) bekannt gegeben. Am 20. Juni wurde die Anlage im Beisein ziviler und militärischer Vertreter aus Frankreich und Französisch-Polynesien vor Ort vorgestellt. Die renovierte Anlage soll weitere 20 Jahre halten.

80 Arbeiter hatten in den letzten drei Jahren auf dem Atoll die Anlagen zur Überwachung der Radioaktivität für rund 100 Millionen Euro modernisiert.

Das „Telsite 2“ genannte Überwachungssystem ging am 23. August in Betrieb. Es überwacht den Zustand des Atolls, vor allem den aus Korallen und Kalkgestein bestehenden Atollkern, und soll rechtzeitig vor einem „Zusammenbruch“ des Atolls warnen.

*Info:* Auf dem 300 Quadratkilometer großen unbewohnten Atoll Moruroa (dt. „großes Geheimnis“) im Südosten des Tuamotu-Archipels hat die französische Regierung zwischen 1966 und 1996 zu Testzwecken 188 Atombomben gezündet, davon 41 in der Atmosphäre und 147 unterirdische. [Anmerkung der Redaktion: Andere

Quellen gehen von 193 Atomtests aus]. Bis heute lagern in den 140 Bohrschächten des Atolls radioaktive Abfälle. Moruroa bleibt unbewohnbares Sperrgebiet, nachdem die Franzosen im Jahr 2000 von dem Atoll abgezogen waren.

Immer wieder gibt es Befürchtungen, dass durch die Tests durchlöcherter Atollinnere könne bei schweren Wellen oder Sturm auseinanderbrechen und die radioaktiven Abfälle könnten ins Meer gespült werden.

([https://www.defense.gouv.fr/salle-de-presse/communiqués/communiqués-de-florence-parly/cp\\_inauguration-du-systeme-telsite-2](https://www.defense.gouv.fr/salle-de-presse/communiqués/communiqués-de-florence-parly/cp_inauguration-du-systeme-telsite-2), Radio NZ Intern. 22.06.18)

### Protest gegen Atommüll-Endlager auf Runit

Unbekannte Aktivisten haben auf die Kuppel des *Runit Dome* eine Nachricht gesprayed. Sie hinterließen das internationale Strahlenwarnzeichen für Radioaktivität und schrieben daneben in Großbuchstaben: „*Property of the USA Government. Please return to sender*“ (dt. Eigentum der USA - zurück an Absender).

*Info:* Die Insel Runit ist eine von etwa 40 Inseln im Osten des Atolls Enewetak in der Ralik-Kette der Marshall-Inseln. Die Insel ist etwa drei Kilometer lang und bis zu 263 Meter breit. Die Flächenausdehnung beträgt 46,3 Hektar. 530 Meter von der Nordwestspitze der Insel entfernt befindet sich in einem ehemaligen Krater eines Kernwaffentests aus dem Jahre 1958 ein Atommülllager, der so genannte *Runit Dome* mit einem Durchmesser von 120 Metern.

Im Rahmen der *Operation Redwing* fanden 14 amerikanische Kernwaffentests auf Runit statt. In den Jahren 1977 bis 1980 wurde der Cactus-Krater mit 101.498 Kubikmetern (teils plutoniumhaltigen) radioaktiven Bodens von den anderen Inseln des Atolls aufgefüllt. Es wurde eine Kuppel aus Portlandzement errichtet, um das radioaktive Material abzudecken. Die Kosten der Aktion betragen 239 Millionen US-Dollar.

Kürzlich entstand auf dem *Runit-Dome* ein beeindruckender Kurzfilm mit der marshallesischen Poetry-Slammerin und Klimawandel-Aktivistin Kathy Jetñil-Kijiner, Tochter der amtierenden Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine.

Den Film „Anointed“ kann man hier anschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=HuDA7izeYrk>

(<http://www.underwaterkwaj.com/enew/runit.htm>,

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/atombombentests-dom-des-todes-1.2549272>, *Marshall Islands Journal* 17.08.18, Wikipedia)

## Entwurf über Abkommen zum Tiefseebergbau

Bei ihrem *Pacific Regional Deep-Sea Minerals Workshop* vom 2. bis zum 4. Juli in Nadi (Fidschi) hat die *Pacific Community* (SPC, Pazifische Gemeinschaft) den Entwurf eines pazifikweiten Abkommens über den verantwortungsvollen Umgang mit potentiellen Tiefseebergbauprojekten in den Gewässern des Pazifiks vorgelegt. Ziel ist es, rechtliche Rahmenbedingungen für den umweltschonenden Abbau von Rohstoffen aus der Tiefsee zu entwickeln.

Bisher finanzieren Nauru und Tonga ausländische Firmen bei der Exploration der Tiefsee in ihren exklusiven ökonomischen Zonen. Kiribati und die Cook-Inseln haben staatseigene Firmen gegründet, die ebenfalls die Tiefsee nach Ressourcen absuchen.

Die kanadische Bergbau-Firma *Nautilus* hat angekündigt, die Finanzierung des ersten Tiefseebergbauprojektes *Solwara 1* in der Tiefsee zwischen Festland-Neuguinea und den Inseln Neubritannien und Neuirland sei gesichert und man werde 2019 wie geplant mit dem Abbau beginnen.

Der Entwurf des Tiefseeabkommens soll jetzt durch diverse Gremien gehen. Bei der nächsten Mitgliederversammlung der 26 Mitgliedsstaaten der Pazifischen Gemeinschaft im kommenden Jahr soll dann endgültig über das Abkommen entschieden werden. (Ra-

*dio NZ Intern* 12.07.18, <http://lists.spc.int/pipermail/press-releases/2018-July/000968.html>)

## „Blue Pacific Diplomacy“

Die Außenminister der Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* (PIF) haben sich im Vorfeld der 49. Mitgliederversammlung des PIF am 10. August in Apia (Samoa) getroffen, um über ein pazifikweites Sicherheitskonzept sowie über die internationale Zusammenarbeit und Advocacy-Strategien zu beraten.

Die Außenminister wollen dazu Feinschliff anlegen an das seit einem Jahr vorbereitete Konzept zur Wahrung der regionalen Sicherheit in den pazifischen Inselstaaten. Diese „*Regional Security Declaration*“ soll dann im Rahmen der Vollversammlung des PIF im September verabschiedet werden. In der Erklärung geht es u.a. um Fragen der Sicherheit bei Naturkatastrophen, die Internet-Sicherheit und die Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) kleiner Inselstaaten gegen die Folgen des Klimawandels.

Des Weiteren verhandeln die Außenminister über das außer-pazifische Engagement der Pazifikstaaten und die Strategien der Advocacy für „ihre“ Themen auf der internationalen politischen Agenda. Das „*International Engagement and Advocacy Strategy*“-Papier soll ebenfalls der Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden.

Außerdem wollen die Minister über den Antrag von Wallis und Futuna diskutieren. Das französische Überseegebiet möchte als assoziiertes Mitglied im pazifischen Inselforum aufgenommen werden.

Dame Meg Taylor, papua-neuguineische Generalsekretärin des PIF, bezeichnete die Bemühungen der Außenminister als „Blue Pacific Diplomacy“. Wenn die Pazifikstaaten gemeinsam mit einer Stimme sich international zu Fragen wie Klimawandel, Bewahrung des Ozeans und Fischerei äußerten, hätten sie auf der politischen Bühne großes Gewicht.

„*We act as one blue continent*“, sagte Taylor in Bezug auf die verschiedenen neuen Strategiepapiere des pazifischen Inselforums und den Willen zur Zusammenarbeit aller Forums-Mitgliedsstaaten.

*Info:* Das Motto der 49. Vollversammlung des Forums vom 3. bis zum 6. September in Nauru lautet: „*Building a Strong Pacific: Our People, Our Islands, Our Will.*“

(Pressemitteilung PIF 10.08.18, 11.08.18, <https://www.forumsec.org/>)

## Pazifische Beteiligung an Vollversammlung

Eine pazifische Delegation mit Regierungsvertretern aus Nauru, Tuvalu, den Marshall-Inseln, Vanuatu und den Salomonen hat unter Leitung von Cristelle Pratt, der Vize-Generalsekretärin des *Pacific Islands Forum Secretariat*, an der weltweit ersten Vollversammlung von Menschen mit Behinderung (*Global Disabilities Summit*) vom 23. bis zum 24. Juli in London (England) teilgenommen.

Die Delegation berichtete über Fortschritte bei der Implementierung des im Jahr 2016 beschlossenen „*Pacific Framework for the Rights of Persons with disabilities*“ (PFRPD). Gemäß diesem Abkommen sollen sich alle Pazifikstaaten im Rahmen ihrer „Blue Pacific“-Strategie gemeinsam für eine inklusive, barrierefreie und gerechte Welt einsetzen.

Die PFRPD setzt sich für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung im sozialen und politischen Leben ein. Sie bemüht sich darum, dass die Rechte von Menschen mit Handicap im Alltags- und Berufsleben geachtet und eingehalten werden.

Menschen mit Behinderung, vor allem Mädchen und Frauen, gehörten zu den ärmsten und marginalisiertesten Personen in Ozeanien, erklärte Pratt. Aus Scham würden sie oft im Haus versteckt und dort allein gelassen. So könnten sie nicht am öffentlichen Leben teilnehmen.

Einige Vertreter der pazifischen

Delegation beteiligten sich auch mit Workshops am *Global Disabilities Summit*. So leitete Setareki Macanawai, Geschäftsführer des *Pacific Disability Forum* aus Suva (Fidschi), einen Workshop zum Thema „Technologie und Innovation“. Darin ging es darum, wie Menschen mit Behinderung mittels technischer Hilfsmittel in den normalen Arbeitsmarkt integriert werden können. (Pressemitteilung PIF 03.08.18, <https://www.maketherightreal.net/incheon-strategy/>, <https://www.gov.uk/government/topical-events/global-disability-summit-2018/about>)

### 30-jähriges Jubiläum des CROP

Sein 30-jähriges Bestehen hat der *Council of Regional Organisations in the Pacific* (CROP) in diesem Sommer begangen. 1988 wurde er von den Regierungsvertretern innerhalb des *Pacific Islands Forums* gegründet. Seitdem haben sich die Vertreter von CROP-Mitgliedsorganisationen 45 Mal getroffen, um über gemeinsame Herausforderungen und Probleme zu diskutieren.

Beim diesjährigen Treffen, das verbunden wurde mit der Jubiläumsfeier, ging es u.a. um die Resilienz kleiner Inselstaaten, die Zukunft der Fischerei, die Sicherheit sowie um die nachhaltige Bewirtschaftung des Ozeans.

*Info:* Im CROP haben sich folgende pazifische Organisationen zusammengeschlossen: Pacific Aviation Safety Office, Pacific Community, Pacific Islands Forum Fisheries Agency, Pacific Islands Development Program, Pacific Islands Forum Secretariat, Pacific Power Association, Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, South Pacific Tourism Organisation und die Universität des Südpazifiks.

Ziel des Netzwerkes ist die regionale Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung bei Themen, die alle Pazifikstaaten betreffen. (Pressemitteilung *Pacific Islands Forum Secretariat* 22.08.18)

### Kampf gegen Übergewicht bei Kindern

Das Komitee für Regionalfragen des *Pacific Islands Forum* hat die Mitgliedsstaaten des Inselforums aufgefordert, sich dem Kampf gegen Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen zu verschreiben. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO leiden bereits 20 % der Kinder zwischen fünf und 19 Jahren in zehn von 18 Mitgliedsländern an Übergewicht. 6,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren im westlichen Pazifik sind von Übergewicht betroffen. Neben den gesundheitlichen Spätfolgen wie Diabetes, Herz-Kreislaufkrankheiten und Bluthochdruck leiden diese Kinder auch an geringer Selbstachtung und sozialer Isolation.

Übergewicht bei Kindern sei weltweit auf dem Vormarsch, hier läge eine große Herausforderung für die Regierungen, so das Komitee. Gesunde Kinder könnten ihr Potential voll ausschöpfen und zur Weiterentwicklung der Staaten beitragen, erklärte Dr. Colin Tukuitonga, Direktor der *Pacific Community*, die sich ebenfalls des Themas angenommen hat. Im Gegensatz zu vielen anderen Krankheiten sei Übergewicht vermeidbar und heilbar, sagte er.

Dame Meg Tylor, Generalsekretärin des *Pacific Islands Forum* und zugleich Vorsitzende des Regionalkomitees, betonte, der Kampf gegen kindliches Übergewicht müsse auf die Prioritätenliste der „Forum Leaders“ gesetzt werden und verdiene eigene Beratungsprozesse. (Pressemitteilung PIF 08.08.18, [http://www.wpro.who.int/nutrition\\_wpr/topics/childhood\\_obesity/en/](http://www.wpro.who.int/nutrition_wpr/topics/childhood_obesity/en/))

### Erste Frau an Spitze der Fischereibehörde

Zum 15. November tritt Frau Dr. Manumatavai Tupou-Roosen aus Tonga ihre Stelle als Generaldirektorin der *Pacific Islands Forum Fisheries Agency* (FFA) an. Die Tongaerin, die bereits seit 13 Jahren als juristische Beraterin für die FFA tätig ist, wurde von der

tongaischen Regierung vorgeschlagen. Bei der Jahreshauptversammlung der FFA vom 3. bis 5. Juli des Jahres in Rarotonga (Cook-Inseln) kam dann das einstimmige Placet aus der Runde der Fischereiminister. Tupou-Roosen folgt auf James Movick, der das Amt seit 2008 innehatte.

Die promovierte Juristin erklärte nach ihrer Wahl, sie habe sich drei Schwerpunkte auf ihre Agenda geschrieben: Capacity Building, Kommunikation der Mitgliedsländer untereinander sowie den Kampf gegen illegale Fischerei. Ihr sei es wichtig, die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen dem FFA-Sekretariat und den Mitgliedsländern zu stärken und sich gemeinsam gegen illegale Fischerei zu engagieren.

*Info:* Die FFA wurde 1979 als zwischenstaatliche Organisation im Pazifik gegründet. Sitz der Organisation ist Honiara (Salomonen). In der FFA haben sich 14 Staaten zusammengetan. Sie setzen sich für die Bewahrung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen des Pazifischen Ozeans ein. Schwerpunkt ist dabei die nachhaltige Bewirtschaftung der wandernden Fischarten. Die FFA sieht sich in der besonderen Fürsorgepflicht für Kleinstfischer in den küstennahen Regionen der Pazifikinseln.

Mitgliedsstaaten der FFA sind neben Australien und Neuseeland folgende Inselstaaten: Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, die Salomonen, Tokelau, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. (Pressemitteilung auf <https://www.ffa.int/>, Juli 2018)

### Frauen fordern Mitsprache und Beteiligung ein

Die Organisation *Pacific Women in Maritime Association* (PacWIMA) hat bei ihrer zweiten Regionalkonferenz vom 26. bis zum 28. April in Port Moresby (Papua-Neuguinea) ein neues Exekutivkomitee unter Leitung von Papua-Neuguinea

gewählt. Das Treffen war organisiert worden von der *Pacific Community*, der *International Maritime Organisation* und der Regierung von Papua-Neuguinea. Es nahmen Frauen aus den Cook-Inseln, Mikronesien, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Palau, PNG, Salomonen, Tonga und Vanuatu teil. Sie vertraten dabei die jeweiligen Fischereiorganisationen ihrer Länder.

Tenor der Konferenz war die pazifikweite Unterrepräsentanz pazifischer Frauen im Fischereisektor und im Management der nationalen Fischereibehörden. Die Frauen wiesen auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Bezug auf Gendergerechtigkeit hin. Frauen verdienen ein Mitspracherecht bei Regierungsentscheidungen über maritime Angelegenheiten, hieß es seitens der Organisatorinnen der Konferenz. (<http://www.pacwima.org/>, Pressemitteilung SPC 02.05.18)



## Meeresstaubsauger zu Wasser gelassen

Am 8. September hat ein riesiger „Meeresstaubsauger“ seine Arbeit im größten der insgesamt fünf pazifischen Müllstrudel aufgenommen. Dieser Müllstrudel zwischen Kalifornien im Westen und Hawaiï im Osten des Pazifischen Ozeans soll bereits fünfmal so groß wie Deutschland sein und rund 1,8 Billionen Plastikteile enthalten.

Dies will der Niederländer Boyan Slat ändern. Sein Projekt „*The Ocean Cleanup*“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Meere von Plastikmüll zu befreien. Nach mehreren Jahren der Entwicklung wurde im Sommer 2017 der Prototyp eines riesigen Saugers in der Nordsee installiert. Mit einigen Änderungen im Design und Aufbau hielt der Meeresstaubsauger den harschen Bedingungen der Nordsee stand und hat deshalb nun seine Arbeit im Pazifik aufnehmen

können.

Mit einem Gerät mit kilometerlangen Fangarmen wird der Sauger ab diesem Sommer tonnenweise Plastik aus dem Meer gefischt. Dabei wird das Gerät von einer in 600 Metern Tiefe im Wasser treibenden Ankerkonstruktion an Ort und Stelle gehalten. Ziel des ambitionierten Projektes ist es, in fünf Jahren die Hälfte des angesammelten Plastikmülls aus dem Pazifik abzusaugen. Dazu sollen bis zum Jahr 2020 ganze 60 Anlagen in Betrieb genommen werden.

Die „Arme“ des Meeresstaubsaugers sind dabei ein bis zwei Kilometer lange Röhren. Eine Verlängerung nach unten funktioniert wie eine Art Sieb, das Müll an der Meeresoberfläche abfischt. Es soll allerdings nicht in der Lage ein, Mikroplastik aufzufangen. Für Fische soll das Gerät ungefährlich sein, da sie unter den Fangarmen durchschwimmen können. Der Plastikmüll, der an den Armen hängenbleibt, wird in regelmäßigen Abständen von Booten aufgesammelt und dann recycelt.

*Info: The Ocean Cleanup* ist das bekannteste Meeressäuberungsprojekt weltweit. 2013 hatte der damals 18-jährige Boyan Slat das Unternehmen gegründet. Seitdem hat die Kampagne über 30 Millionen Dollar an Spenden gesammelt, unter anderem auch durch Crowdfunding. Inzwischen hat der 24-jährige Slat ein Team von mehr als 60 Leuten unter sich. (*Utopia Newsletter* 09.08.18, <https://www.theoceancleanup.com/>)



## Segler-Team erfasst Daten zum Plastikmüll

Rund sechs Monate lang wird das Team von *Eat Less Plastic* auf der Yacht „*Today*“ zwischen Kalifornien und Neuseeland kreuzen, um Daten über die Verschmutzung

des Pazifischen Ozeans mit Mikroplastik zu erheben.

Das Team aus Umweltschützern, Seeleuten, Schauspielern und Models wird angeführt von dem Neuseeländer Phil Somerville. Der in Los Angeles (USA) lebende Schauspieler beschäftigt sich seit 30 Jahren mit dem Ozean. Er hat ein Kapitänspatent der *United States Coast Guards* (amerikanische Küstenwache) und ebenso einen Tiefsee-Tauchschein. Co-Kapitän auf der Yacht ist der Profi-Segler Chris Dickson, mehrfacher Teilnehmer (und Gewinner) am *Americas Cup* und an weiteren internationalen Segelwettkämpfen.

An Bord befinden sich außerdem u.a. ein Photograph, der Erfinder des Stand-up Paddling aus Neuseeland, eine gehandicapte Snowboarderin, die an den Paralympics teilnahm, sowie eine Wissenschaftlerin des hawaiianischen Wildlifefunds.

Das Team wird auf seiner Fahrt bewusst durch die fünf Plastikmüllstrudel (engl. Gyres) im Pazifik segeln und dabei Proben entnehmen. Gestartet wurde am 14. Mai auf den Marquesas-Inseln, die Ankunft in Neuseeland ist für den 26. Oktober geplant.

*Infos: Filme, Infos und Hintergründe zur Pazifik-Reise der Gruppe Eat Less Plastic gibt es hier: <https://www.eatlessplastic.com> (Pacnews 17.08.18)*



## Kölner Museum gibt Schädel zurück

Im Beisein der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach hat der Direktor des Kölner Rautenstrauch-Joest-Museums (RJM), Professor Dr. Klaus Schneider, einen mumifizierten Schädel an Frau Hema Temara, Älteste eines Maori-Stammes aus Neuseeland, zurückgegeben. Zu der vierköpfigen Delegation

aus Neuseeland gehörte auch Temaras Sohn, Tamahou Temara. Willy Foy, der erste Direktor des RJM, hatte den sogenannten „Toi moko“, einen mumifizierten und tätowierten Kopf eines Maori, in London vor mehr als 100 Jahren gekauft. Seit 1908 befand sich der Schädel im Museum. Nun kehrt er in das staatliche neuseeländische Museum „Te Papa Tongarewa“ in Wellington zurück. Dies bemüht sich seit 2003, menschliche Überreste, die noch in europäischen und nordamerikanischen Institutionen lagern, nach Neuseeland zurückzuholen. Noch rund 600 sterbliche Überreste von Maori warten auf ihre Rückkehr, die meisten davon in Großbritannien. Doch auch in Deutschland lagern rund 150 Schädel, viele davon in dem Berliner Krankenhaus *Charité*, wohin man sie zu medizinischen Forschungszwecken gebracht hatte.

Die Schädel werden stets im Rahmen einer feierlichen Zeremonie an neuseeländische Delegationen übergeben. Diese bringen die Überreste dann in den „Raum der Stille“ im Museum *Te Papa*, anschließend wird geforscht, aus welchem Stamm der Verstorbene kam. Bisher konnten 450 Schädel aus dem Ausland zurückgebracht werden, wie Delegationsmitglied Te Arikirangi Mamaku erklärt. Er ist der Beauftragte der neuseeländischen Regierung für die Rückführung der Gebeine und Schädel. Erst im letzten Jahr hatte das Überseemuseum in Bremen die Überreste von 40 Menschen rückführen lassen.

*Info:* Seit der Ankunft des englischen Kapitän James Cook 1769 in Neuseeland und bis zum Verbot im Jahr 1813 wurden Schädel von Maori gestohlen, getauscht oder unter Zwang verkauft.

*(Kölnische Rundschau 26.06.18, <https://www.dw.com/de/kurator-lueb-es-war-an-der-zeit-den-sch%C3%A4del-zur%C3%BCckzugeben/a-44410079>)*

## Korea fliegt sterbliche Überreste von Soldaten aus

65 Jahre nach dem Waffenstillstand im Koreakrieg sind die sterblichen Überreste gefallener ameri-

kanischer Soldaten auf dem Militärstützpunkt Pearl Harbour-Hickam (Hawai'i) eingetroffen. Im Beisein des amerikanischen Vize-Präsidenten Mike Pence landeten zwei Militärtransportflugzeuge mit 55 mit der amerikanischen Flagge geschmückten Särgen in Hawai'i. Auf dem Militärstützpunkt fand eine feierliche Gedenkveranstaltung im Beisein hochrangiger amerikanischer Militärs statt.

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un hatte dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump bei dessen Besuch in diesem Jahr versprochen, die sterblichen Überreste der Soldaten nach Amerika rückführen zu lassen. Zwischen 1990 und 2005 hatte Nordkorea bereits die Überreste von 229 gefallenen US-Soldaten an die USA übergeben.

*Info:* Im Koreakrieg zwischen 1950 und 1953 kämpften Truppen der Vereinten Nationen aus verschiedenen Staaten unter amerikanischer Führung gegen von China unterstützte nordkoreanische Soldaten. Über 36.000 amerikanische Soldaten starben im Koreakrieg, 7.700 werden weiterhin vermisst. Insgesamt starben im Koreakrieg in etwa 940.000 Soldaten und drei Millionen Zivilisten.

*(<https://edition.cnn.com/2018/08/01/politics/korean-war-remains-mike-pence/index.html>, FAZ.net 02.08.18, Wikipedia)*

## Franzose unterbricht Pazifik-Querung nur kurz

Der am 5. Juni in Choshi an der japanischen Küste östlich von Tokio zur Pazifik-Durchquerung gestartete französische Extremschwimmer Benoît Lecomte musste sein Vorhaben für einige Tage unterbrechen. Wegen der beiden schweren Taifune „Jongdari“ und „Wukong“ war Lecomte gezwungen, mit dem Schiff seines Begleiteams in einem japanischen Hafen Schutz zu suchen. Der 51-jährige wartete die Taifune dort ab und setzte seine Reise nach einigen Tagen schwimmend fort. Bis zur Ankunft in San Francisco (USA) rechnet der gebürtige Franzose mit sechs bis acht Monaten auf See.

In den knapp zwei Monaten bis zur ersten Unterbrechung des Abenteuers hatte Lecomte bereits 800 der insgesamt 9.000 Kilometer langen Strecke durch den Pazifischen Ozean zurückgelegt. Er schwamm dabei acht Stunden täglich und verbrauchte nach Angaben seiner beiden Ärzte 8.000 Kalorien pro Tag. Die Ärzte gehören zum Team von Wissenschaftlern und Unterstützern, die den Schwimmer an Bord des 20 Meter langen Segelschiffes „Discoverer“ begleiten. An Bord schläft und isst Lecomte. Zur Deckung des hohen Kalorienverbrauchs ernährt sich der Sportler mit gefriergetrockneter Nahrung, die auf dem Schiff nur mit heißem Wasser aufgegossen werden muss.

Mit seiner Pazifik-Durchquerung möchte der in die USA eingebürgerte Extremsportler auf die Verschmutzung der Ozeane durch Plastikmüll aufmerksam machen. Dabei will er bewusst auch durch den riesigen Plastikmüllstrudel zwischen Hawai'i und Kalifornien schwimmen.

Verfolgen kann man die Durchquerung live im Logbuch des Schwimmers unter

<http://benlecomte.com/logbook/>  
*(ntv 02.08.18, <http://benlecomte.com/>)*

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Außenminister unterstützt Indonesien

Der neuguineische Außenminister Rimbink Pato hat bei einem Treffen mit der indonesischen Außenministerin Retno Marsudi Mitte Juli in Gedung Pancasila (Jakarta, Indonesien) die Position Papua-Neuguineas in der so genannten West-Papua-Frage klargestellt. Entgegen anderslautender Meldungen in den (sozialen) Medien, stünde Papua-Neuguinea geschlossen zu Indonesien. Man betrachtete die „Unruheprovinz“ (Zitat Pato) West-Papua als integralen

Bestandteil der indonesischen Republik und werde sich keinesfalls in die inneren Angelegenheiten des befreundeten Nachbarstaates einmischen, so Pato mit Nachdruck.

Bei dem bilateralen Gespräch ging es auch um die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung im Grenzgebiet zwischen Papua-Neuguinea und Indonesien. Hier bestünde Nachholbedarf, was Infrastruktur und staatliche Dienstleistungen angeht, erklärte der Minister. Man müsse dringend den Grenzübergang von Waren und Menschen erleichtern, jedoch vor allem illegalen (Waffen-)Handel und Drogenschmuggel in den Griff bekommen.

Des Weiteren sprachen die beiden Außenminister über die Möglichkeit eines erstmaligen Ministertreffens beider Staaten (*PNG-Indonesia Ministerial Forum*).

Zum Abschluss des Gesprächs bedankte sich Pato bei seiner indonesischen Amtskollegin für die Unterstützung Indonesiens bei der Bewerbung um die Vergabe des Austragungsortes des APEC-Gipfeltreffens im November des Jahres. Indonesien habe Papua-Neuguinea ideell und finanziell unterstützt, so dass dieses bedeutende Gipfeltreffen der Regierungschefs der Asiatisch-Pazifischen-Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) nun im Herbst in Port Moresby stattfinden könnte, erklärte Pato dankbar. (*Radio NZ Intern*. 21.07.18,

<https://www.kemlu.go.id/en/berita/Pages/Visiting-Jakarta,-PNG-Foreign-Minister-Confirms-Commitment-to-Indonesian-Sovereignty-and-Integrity.aspx>)

## Todesstrafen und lebenslange Haft

David Cannings, oberster Richter am Gericht in Madang (*National Court of Justice*, Madang), hat Urteil gesprochen über eine Gruppe von 18 bis 35 Jahre alten Männern, die am 14. April 2014 in dem Dorf Sakiko in der Provinz Madang fünf Männer und zwei Jungen im Alter von drei und fünf Jahren wegen angeblicher Zauberei mit Macheten und Pfeilen getötet haben. Rund 180 Männer hatten sich auf

den Weg in das Dorf gemacht, um die sieben der Hexerei beschuldigten Männer und Kinder auf grausame Weise zu töten.

97 Beteiligte konnten gefasst werden, über sie erging jetzt das Urteil: Acht Männer erhielten die im Jahr 2014 erneut zugelassene Todesstrafe. Sie sollen im Gefängnis von Bomana im Todestrakt eingesperrt bleiben. Ob die Todesstrafe durch Hängen tatsächlich verübt wird, ist noch nicht bekannt. Im Jahr 1954 war die Todesstrafe letztmals in Papua-Neuguinea ausgeführt worden.

88 beklagte Männer erhielten lebenslängliche Haftstrafen.

Mit dem aufsehenerregenden Urteil wollte der als Anwalt für Menschenrechte bekannte Richter David Cannings nach eigenen Worten eine abschreckende Wirkung erzielen. Dass sich die Anklage auf Nutzung von „sanguma“ (Zauberei) und die damit einhergehende Gewalt gegen angebliche Hexen und Zauberer auch auf kleine Kinder erstreckte, sei grauenvoll, so der Richter. In einem „Blutrausch“ hätten die Angeklagten ihre Opfer getötet und die Leichen anschließend zerhackt.

(*Pacific News* 26.07.18, <http://www.pngjudiciary.gov.pg/about-the-courts/judges>, <https://www.straitstimes.com/asia/australianz-eight-sentenced-to-death-in-png-for-sorcery-killings>)

## Mehr Arbeitsplätze in der Thunfischindustrie

Im Januar des Jahres hat die nationale Fischereibehörde von Papua-Neuguinea (*National Fisheries Authority*) ein neues Abrechnungssystem in der kommerziellen Bewirtschaftung der Thunfischbestände in den Gewässern des Staates erfolgreich eingeführt. Wurden vor Januar 2018 noch lokale, d.h. in PNG registrierte Fischfangflotten, beim Kauf von so genannten „fishing days“ finanziell bevorzugt, müssen nun sowohl im Land selber registrierte als auch auswärtige Fischfangflotten die gleiche Summe pro „Fischfang-Tag“ bezahlen, derzeit sind das etwa 8.000 US-Dollar.

Allerdings bekommen nun diejenigen Fischfangflotten Geld erstattet, die ihren rohen Thunfisch nicht außer Landes bringen, sondern ihn direkt in Papua-Neuguinea weiterverarbeiten lassen, etwa in den Thunfischfabriken bei Madang. Dieses neue System sichert den tausenden von Arbeitern in den Thunfischfabriken Arbeitsplätze, wie ein Sprecher der Fischereibehörde erklärte. Außerdem könne der in PNG gefangene und dort auch weiterverarbeitete Thunfisch ein lokales Nachhaltigkeits-Siegel erhalten, das dem Kunden genaue Auskunft über den Fangort und Verarbeitungsort des Fisches gäbe.

(*Marshall Islands Journal* 22.06.18, <http://www.fisheries.gov.pg/>)



NATIONAL FISHERIES AUTHORITY  
Papua New Guinea

## Medikamenten-Spende

Der Botschafter Papua-Neuguineas für die Salomonen, Joseph Konu, hat Anfang August dem persönlichen Referenten des salomonischen Premierministers, John Muria Jnr., fünf Pakete mit lebenswichtigen Medikamenten überreicht. Vorausgegangen war die Bitte des salomonischen Premierministers Dr. Jimmie Rodgers um Unterstützung bei Sir Dr. Puka Temu, dem Gesundheitsminister von Papua-Neuguinea.

Mitte Juli waren den Salomonen lebenswichtige Medikamente ausgegangen. Die Lieferungen wichtiger Medikamente zur Linderung chronischer Krankheiten wie Diabetes verzögerte sich, so dass die Salomonen den melanesischen Anrainerstaat um Hilfe baten.

Die Übergabe der Medikamente erfolgte in einem feierlichen Rahmen vor großem Publikum und Medienvertretern beider Länder.

Landeskennern von Papua-Neuguinea bewerten die Medikamentenspende äußerst kritisch. Pfarrer Dr. Traugott Farnbacher, Referent für Papua-Neuguinea,



Pazifik und Ostasien beim bayerischen Partnerschaftszentrum *Mission EineWelt*, erklärte, in Papua-Neuguinea bestünde derzeit eine akute Krise im Gesundheitssystem. Einige Krankenhäuser unter lutherischer Trägerschaft mussten bereits wegen Medikamentenmangel, Stromausfällen und un-säglicher Hygienebedingungen zeitweise schließen. In Diensten des bayerischen Partnerschaftszentrums stehende deutsche Ärzte in Papua-Neuguinea beklagen den Mangel an Medikamenten. Zwar hat die neuguineische Regierung versprochen, regelmäßig auch ländliche Krankenhäuser oder Krankenhäuser auf vorgelagerten Inseln wie Karkar zu beliefern, doch kommen diese Medikamente unregelmäßig oder in schlechtem, d.h. ungekühltem, Zustand vor Ort an. Inzwischen mangelt es den meisten Krankenhäusern selbst an Basis-Verbrauchsmaterial wie Spritzen und Verbänden. (Solomon Star News 08.08.18, Gespräch mit Dr. Farnbacher 09.08.18, E-Mails von Ärzten aus PNG)

### Von Kirche finanziertes Schiff in PNG erwartet

Das von der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) vor drei Jahren in einer philippinischen Reederei in Auftrag gegebene und finanzierte Transport- und Versorgungsschiff „MV Ialibu“ soll am 10. September in Madang oder in Vanimo anlegen. Das Schiff könnte dann sofort vom 16. bis zum 21. September zum Einsatz kommen, um Delegierte zur nationalen Frauenkonferenz (*National Women's Conference*) auf die Siassi-Insel zu bringen, wie es seitens der ELC-PNG hieß. Dies hängt jedoch vom neuguineischen Zoll ab, der das Schiff zunächst für den Einsatz in den Gewässern von PNG freigeben muss.

Zum Einsatz kommt auf jeden Fall die „MV Mamose Express“, die von Lae und/oder Madang nach Siassi pendelt. Das Schiff wurde generalüberholt, u.a. wurde der Motor ausgetauscht und es wurden neue Rettungsboote und moderne Schwimmwesten installiert.

Beide Schiffe werden von der erfahrenen Schifffahrtsgesellschaft *Irok Services Ltd.* betrieben. Diese betreibt die Schiffe im Dienst der ELC-PNG. Deshalb werden die Schiffe unter dem wieder belebten Markennamen „Lutheran Shipping Services“ laufen.

Die Werft Asiawe am Vocopoint in Lae wurde ebenfalls gründlich renoviert. Hier gibt es jetzt ein Terminal für Passagiere des neuen Schiffes. Auch die Werft in Madang soll längerfristig renoviert werden. (Pressemitteilung der ELC-PNG 14.08.18, Fotos und Berichte von Mitarbeitenden aus PNG)



## BOUGAINVILLE

### Forderungen an PNG-Regierung

Mit einem Neun-Punkte-Forderungskatalog haben Vertreter der *Autonomen Regierung von Bougainville* (ABG) an einem Treffen mit Regierungsvertretern aus Papua-Neuguinea teilgenommen. Am 24. August trafen sich die Mitglieder des so genannten *Joint Supervisory Boards* (JSB) in Buka auf Bougainville, um über die Forderungen zu diskutieren. Das JSB wurde eingerichtet, um die Implementierung des *Bougainville Peace Agreement* aus dem Jahr 2001 zu überwachen.

Bei dem Treffen, an dem auch der neuguineische Premierminister Peter O'Neill und ABG-Präsident John Momis teilnahmen, ging es schwerpunktmäßig um die Vorbereitung des Referendums über den künftigen politischen Status der Insel am 15. Juni 2019. So wurde darauf gedrungen, endlich die Formulierungen für die Wahlbögen festzulegen. Außerdem sprachen die Regierungsvertreter über die Möglichkeit, eine internationale

Wahlbeobachterkommission einzurichten, die den Prozess einer fairen und freien Wahl überwachen soll.

Des Weiteren ging es um Finanzierungsfragen. So soll die lokale Wahlkommission weiter finanziell unterstützt werden. Auch der *Weapons Disposal Plan*, also die Vereinbarung über die straffreie Abgabe von Waffen ehemaliger Kombattanten, sollte weiter finanziell unterstützt werden, so eine der Forderungen.

Nach dem Treffen äußerte sich der Minister für die Implementierung des Friedensabkommens auf Bougainville, Albert Punghau, sehr zuversichtlich: „*Bougainville is doing everything it can to progress the Bougainville Peace Agreement, progress referendum and prepare itself for peaceful post-referendum transition.*“

(PNG Facts 18.08.18, <http://www.abg.gov.pg/index.php/news/read/bougainville-leaders-spearhead-preparations-for-special-jsb>)

### Kampf gegen Korruption

Knapp neun Monate vor dem geplanten Referendum hat die *Autonome Regierung von Bougainville* (ABG) in den eigenen Reihen aufgeräumt und etliche Regierungsbeamte des Betrugs und der Korruption bezichtigt. Allein vier Abteilungsleiter wichtiger Behörden seien des vorsätzlichen Fehlverhaltens im Beruf überführt worden. Sie hätten Regierungsgelder jahrelang hinterzogen und in die eigene Tasche gewirtschaftet, hieß es. Viele Beamte hätten unentschuldigte Fehltage oder würden nur sporadisch für einige Stunden im Büro erscheinen.

Auf der staatlichen Lohn- und Gehaltsliste hätten noch Menschen gestanden, die längst nicht mehr in Lohn und Brot ständen, bemängelte ABG-Protokollführer Joseph Nobetau. Jahrelang seien staatliche Gehälter an „Karteileichen“ ausgezahlt worden, so Nobetau. Man habe die Gehaltslisten nun bereinigt und mit dem gesparten Geld habe man Krankenhäuser und Schulen renovieren können.

Mit Blick auf das Referendum im kommenden Juni erklärte Nobetau, man wolle der Weltgemeinschaft ein positives Bild von Bougainville vermitteln. Diese erwarte eine solide und zuverlässige Regierungsführung ohne Missbrauch von Geldern.

ABG-Präsident John Momis unterstützte die Aktion seines *Chief Secretary* Nobetau. Es gelte, den höchsten Standard bei der „good governance“ zu erreichen, so Momis. (<http://www.looppng.com/png-news/abg-cracks-down-corruption-79026>)

## SALOMONEN

### Ausbeutung von Holzfällern

Holzfäller und deren Angehörige in den Rodungsgebieten der Provinz Malaita werden systematisch ausgebeutet. Zu diesem Ergebnis kommt der von der Organisation *WorldFish* vorgelegte Bericht „From happy hour to hungry hour: Logging, fisheries and food security in Malaita, Solomon Islands.“

In dem 56-seitigen Bericht mit zahlreichen Fotos ziehen die Autoren Tessa Minter, Grace Orirana, Delvene Boso und Jan van der Ploeg das Fazit, dass vor allem junge Mädchen im Alter ab 12 Jahren von den Aufsehern der Holzeinschlagsfirmen sexuell missbraucht und ausgebeutet werden.

Obwohl die Regierung der Salomonen über die Nachteile des Holzeinschlags in der Provinz Malaita Kenntnisse hat, ist es nach Angaben der Autoren in den letzten zehn Jahren zu einem sprunghaften Anstieg des Holzeinschlags gekommen. Es sind überwiegend (auch illegale) malaysische Rodungsfirmen im Einsatz, die zwischen mehreren Monaten und bis zu drei Jahren im Land arbeiten. Die Umweltschutzbestimmungen werden dabei kaum eingehalten, Gewinne aus dem Holzverkauf bleiben nicht im Land.

Für ihre Studie im Auftrag des *Research Program on Fish Agri-Food Systems* führten die Autoren zwi-

schen November 2016 und November 2017 Interviews mit 172 Personen in drei Dörfern in Are'Are, Lau und Langalanga.

Die Befragten gaben an, während ihrer gering bezahlten Arbeitsverträge Geld für den Ankauf von Reis, Thunfisch-Dosen und Instant-Nudeln zu haben. Durch die Befristung der Arbeitsverträge und die Auszahlung des Geldes an die männlichen Arbeitnehmer, handelt es sich hier jedoch nicht um die nachhaltige Sicherung der Ernährung. Männer würden ihr Gehalt nicht zwingend für Lebensmittel ausgeben und wenn, dann profitierten nur wenige Menschen von den zusätzlichen importierten Lebensmitteln. Da die Pacht für das Land ebenfalls an Männer ausgezahlt wird, haben Frauen kaum Möglichkeiten, das Gehalt des Mannes in Lebensmittel zu investieren, fanden die Autoren der Studie heraus.

Die befragten Frauen beklagten vor allem die Zerstörung der Mangroven am Meer- und Flussufer. Der Lebensraum von Fischen würde zerstört, weil die Holzfirmen Anlegestellen für Maschinen und Stege für den Abtransport der gefällten Bäume bräuchten. Das Abschweben der Baumstämme über die Flüsse und ins Meer zerstöre zudem die Korallen und auslaufendes Öl der Maschinen verschmutze das vormals saubere Flusswasser, bemängelten die Frauen. Betroffen von den negativen Einflüssen der Abholzung sind damit auch die Trinkwasserreservoirs der Menschen.

Durch die Anlegestellen von Transportschiffen an der Küste sei in diesen Gebieten die Küstenfischerei im flachen Wasser nicht mehr möglich, erklärten die fischenden Männer. Sie müssten weiter hinaus ins offene Meer fahren, um den täglichen Bedarf an proteinhaltigen Fischen decken zu können.

Die Auswirkungen des Holzeinschlags seien auch noch lange nach Beendigung der Aktivitäten spürbar, so die Autoren. Der Holzeinschlag zementiere die traditionellen Geschlechterrollen

und schließe Frauen von Entscheidungsprozessen aus. Weder dürften sie über Pachtverträge verhandeln, noch selber als Holzfällerinnen tätig werden. Ihnen bleibt einzig die Prostitution, um an Bargeld zu kommen. Deshalb seien die Frauen die eigentlichen Opfer der Holzeinschlagsfirmen, heißt es in dem Bericht. Sie litten unter dem hohen Alkoholkonsum der Männer und unter der Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt am meisten. Die Ernährungssicherheit der Familie könne wegen des verschmutzten Wassers und der zerstörten Natur nicht weiter gewährleistet werden, schließen die Autoren.

Sie kommen zu dem Schluss: *„In its present unregulated form, logging in Malaita is environmentally and socially destructive. It undermines local food security and social integrity and does not contribute to development at either the village or provincial level.“* (Zitat)

*Info:* Die Studie wurde herausgegeben von *World Fish*. Das ist eine internationale, gemeinnützige Forschungsorganisation mit Hauptsitz in Penang (Malaysia) und mit Niederlassungen in Asien, Afrika und im Pazifik.

Hier kann die Studie kostenlos heruntergeladen werden:

[http://pubs.iclarm.net/resource\\_centre/2018-07.pdf](http://pubs.iclarm.net/resource_centre/2018-07.pdf)

(Radio NZ Intern. 10.08.18)



### Wählerregistrierung

Ein Jahr vor den nationalen Wahlen hat auf den Salomonen die Wählerregistrierung begonnen. Der Vorsitzende der Wahlkommission und Parlamentssprecher, Aji-lon Nasiu, erklärte, Ziel sei es, alle Personen ab 18 Jahren in Wahlregistern einzutragen. Bisher sind rund 288.000 Personen in das Wahlregister der letzten Wahlen aus dem Jahr 2014 eingetragen. In diesem und nächsten Jahr dürf-



ten etwa 35.000 Erstwähler hinzukommen.

Die Wahlkommission (*Solomon Islands Electoral Commission*) wirbt mit folgendem Slogan für die Registrierung und die Teilnahme an der Wahl: „Vote blo iu, Voice blo iu“ (dt. Deine Wahl, Deine Stimme).

*Info:* Die Salomonen sind eine parlamentarische Demokratie. Voraussichtlich im November 2019 finden die Wahlen für die 50 Sitze im Parlament statt. Die Legislaturperiode der Parlamentarier beträgt dann vier Jahre.

(<http://www.siec.gov.sb/>, *Radio NZ. Intern.* 15.08.18)

## Neues Buch über Zweiten Weltkrieg

Anna Annie Kwai von den Salomonen hat mit Unterstützung eines australischen Stipendiums (*Australian Awards Scholarship*) ihre Doktorarbeit als Buch veröffentlicht. Die Studentin der *Solomon Islands National University* hat als erste Wissenschaftlerin überhaupt zur Rolle der Frauen auf den Salomonen im Zweiten Weltkrieg geforscht. Sie untersuchte dabei den Einfluss der Kriegshandlungen auf das soziale, kulturelle und politische Leben der Bewohnerinnen und Bewohner der Salomonen in den Kriegsjahren. Dabei schrieb sie bewusst aus ihrer weiblichen Perspektive.

Unterstützt wurde Anna Kwai finanziell auch von dem *Solomon Islands Coastwatchers Trust*.

*Info:* Das Buch „Solomon Islanders in World War II: An indigenous perspective“ ist im Dezember 2017 bei der ANU Press in Australien erschienen. Es kostet als Buch 45 AUS-Dollar, kann aber auch kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden:

<https://press.anu.edu.au/publications/series/state-society-and-governance-melanesia/solomon-islanders-world-war-ii>

(*Solomon Star News* 07.08.18)

## Umsiedlung bedrohter Taubenart

60 Exemplare der vom Aussterben bedrohten Santa-Cruz-Taube sind von der Insel Tinakula (Salomonen) in den *Jurong Bird Park* nach Singapur ausgeflogen worden. Mit der aufwändigen Aktion erhofft man sich die Weiterexistenz der selten gewordenen Taube. Ihr Lebensraum auf den Salomonen war durch einen Vulkanausbruch so zerstört worden, dass ein Überleben der Art dort nicht als gesichert galt. Vermutlich gibt es noch weniger als 700 dieser Tauben auf den Salomonen und in Vanuatu.

Im *Jurong Bird Park* sollen die Tauben nach einer Phase der Eingewöhnung in der Voliere der Abteilung „Wings of Asia“ ihr neues Zuhause finden. Hier leben bereits 24 vom Aussterben bedrohte indopazifische Vogelarten.

*Info:* Die Santa-Cruz-Taube (*Alpecoenas sanctaecrucis*) ist eine Art der Taubenvögel, die weltweit nur auf drei pazifischen Inseln (Tinakula, Utupua und Espiritu Santo) vorkommt. Die etwa 23 Zentimeter große Taube ist sehr scheu. Sie lebt überwiegend einzelgängerisch oder in Paaren und sucht am Boden nach Nahrung wie Sämereien, Beeren und Schösslingen. (*Yahoo News* 23.08.18, <http://datazone.birdlife.org/species/factsheet/2269104>, <https://www.wrs.com.sg/en/press-room/jurong-bird-park-home-to-possibly-half-the-worlds-santa-cruz-ground-dove-population-following-emergency-rescue.html>)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk, Berlin.]

### Jioji Konrote erneut zum Präsidenten ernannt

Der seit 2015 amtierende fidschianische Präsident Jioji Konrote ist am 31. August 2018 trotz Protesten der Opposition für weitere drei Jahre zum Präsidenten des Landes ernannt worden. Konrote, der von 2014 bis 2015 für die Regierungspartei *FijiFirst* im Parlament saß und Minister für Arbeit und In-

dustrie war, war von Premierminister Voreqe Bainimarama und seiner Partei nominiert worden.

Konrote ist – wie viele führende Politiker in Fidschi – ein früherer General der fidschianischen Armee und diente später unter anderem als Botschafter Fidschis in Australien. Er stammt von der Insel Rotuma, die zum polynesischen Kulturkreis gezählt wird, und gilt damit als der erste Präsident des Landes, der nicht der mehrheitlich melanesisch geprägten indigenen Volksgruppe der *i-taukei* angehört.

Die Opposition im fidschianischen Parlament nominierte keinen eigenen Kandidaten, wie es ihr laut Verfassung zugestanden hätte, protestierte allerdings gegen die Ernennung Konrotes. So boykottierte die größte Oppositionspartei *SODELPA* die Sondersitzung des Parlaments, in der Konrote ernannt wurde. Sie kritisierte die überraschend frühzeitige Wiederernennung, da Konrotes auslaufende Amtszeit noch bis November angedauert hätte. Daher sei eine Ernennung eines oppositionellen Kandidaten nicht so kurzfristig möglich gewesen. Auch die kleinere Oppositionspartei *National Federation Party* (NFP) beklagte sich über eine Missachtung parlamentarischer Regeln, ihr Vorsitzender Biman Prasad sagte laut Medienberichten jedoch, er stimme der Wiederwahl zu. Nach der Verfassungsänderung in Folge des Militärputschs im Jahr 2006 und der Wiedereinführung der Demokratie im Jahr 2014 ist Konrote der erste vom Parlament gewählte Präsident Fidschis – frühere Präsidenten waren vom mächtigen sogenannten *Council of Chiefs*, der vor allem die Rechte der indigenen *i-taukei*-Bevölkerung vertrat, ernannt worden.

Nach Ende seiner zweiten Amtszeit in drei Jahren darf Konrote nicht erneut für das Amt des Präsidenten nominiert werden.

(*Radio New Zealand International* 31.8.18, *Fiji Sun* 31.8.18, *Fijian Government* 31.8.18, *Video der Parlamentssitzung bei YouTube*. <https://www.youtube.com/watch?v=WWNpNkUrhal>, *Wikipedia*)

## Parlamentswahl spätestens am 22. November

Bereits in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell* haben wir über den immer noch unklaren Wahltermin für die diesjährige Parlamentswahl berichtet. Auch Anfang September war immer noch kein Termin für die Wahl bekanntgegeben worden. Allerdings bestätigte der Vorsitzende der Wahlkommission, Suresh Chandra, dass die Wahl nicht nach dem 22. November stattfinden werde. Somit würde die Wahl nicht, wie in der letzten Ausgabe berichtet, möglicherweise sogar in kommandes Jahr rutschen. Chandra machte sein Statement am Rande der Unterzeichnung einer Vereinbarung für ausländische Wahlbeobachter, welche die Wahl beobachten könnten. Fidschis stellvertretender Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, der während des Aufenthalts von Premierminister Voreqe Bainimarama für die UN-Klima-Zwischenverhandlungen in Bangkok die Regierungsgeschäfte in Fidschi leitet, lud internationale Beobachter ein, frühzeitig ins Land zu kommen, um bereits die Vorbereitungen der Wahl zu beobachten. Sowohl für die ausländischen Beobachter als auch die Opposition in Fidschi stellt die ausbleibende Festlegung eines Wahltermins jedoch ein zunehmendes Problem dar. So können Beobachter ihren Aufenthalt in Fidschi nicht planen und erschwert die Ungewissheit über den Wahltermin den Wahlkampf.

Festgelegt wird der Wahltermin offiziell auf Vorschlag des Premierministers durch die Wahlkommission. Wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, könnte die Wahl nach Bekanntgabe des Termins rein theoretisch innerhalb von weniger als drei Wochen durchgeführt werden. Ursprünglich hatte die Regierung angekündigt, den Termin spätestens im Mai bekanntzugeben zu wollen. So stellt die mangelnde Transparenz bei der Festlegung des Termins eine weitere Herausforderung für die Demokratie des Landes dar: Nach der militärischen Machtübernahme

durch den heutigen Premierminister Voreqe Bainimarama im Jahr 2006 hatten erst vor vier Jahren zum ersten Mal wieder demokratische Wahlen stattgefunden. Aus diesen Wahlen war Bainimaramas *FijiFirst-Partei* mit einer absoluten Mehrheit der Parlamentssitze hervorgegangen und kann das Land seither weitgehend im Alleingang regieren. Auch im Jahr 2014 gab es im Vorfeld der Wahlen Berichte über die Benachteiligung politischer Gegner beispielsweise im Wahlkampf oder bei der Registrierung politischer Parteien. (*Radio New Zealand International* 5.9.18, *Fijian Elections Office*, *Wikipedia*, vgl. auch *Quellen für die Berichterstattung in der letzten Ausgabe der Pazifik-Aktuell*)

### Bainimarama warnt vor Scheitern der UN-Klimagespräche – Fidschis Vorsitz über Verhandlungen neigt sich dem Ende

Vom 4. bis zum 9. September finden in der thailändischen Hauptstadt Bangkok erneute Zwischenverhandlungen der UN-Klimakonferenz unter der Präsidentschaft Fidschis statt. Die zusätzlichen Zwischenverhandlungen waren notwendig geworden, nachdem sich die Staaten der Welt bei den jährlichen im Frühjahr in Bonn abgehaltenen Zwischenverhandlungen – oder sogenannten „Inter-sessionals“ – nicht hatten auf ein Regelwerk für die Umsetzung des *Pariser Klimaabkommens* einigen können. Das Regelwerk soll bei der UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice im Dezember dieses Jahres (COP24) beschlossen werden.

Begonnen hatten die Verhandlungen über das Regelwerk im vergangenen Jahr mit der Klimakonferenz von Bonn (COP23), bei der Fidschi für ein Jahr den Vorsitz über die Verhandlungsrunden übernommen hat. Im Dezember übergibt Fidschi den Vorsitz an Polen, das eher als Bremser in der Klimapolitik eingeschätzt wird.

Angesichts der langsamen Fortschritte warnte Bainimarama bei der Eröffnung der Konferenz in

Bangkok, die Staaten der Welt seien noch nicht bereit für die Klimakonferenz von Polen. Sollte man sich auch in Thailand nicht auf einen Entwurf eines Regelwerks einigen können, riskiere man ein „Chaos in Katowice“ und eine weitere Verzögerung im doch so dringlichen Kampf gegen den Klimawandel.

Bainimarama sagte, die Zusammenkunft in Bangkok sei nicht einfach nur ein weiteres Treffen, sondern eine „Notfall-Sitzung“. Die Ergebnisse der Zwischenverhandlungen können auf der Webseite des UN-Klimasekretariats verfolgt werden:

<https://unfccc.int/sb48-2>

Während die Verhandlungen in Bangkok noch laufen, ist mit der stellvertretenden fidschianischen Umweltministerin Lorna Eden eine der maßgeblich an der Durchführung der fidschianischen Präsidentschaft über die Klimaverhandlungen beteiligte Person von ihrem Amt zurückgetreten. Eden war zuvor in die Kritik geraten, nachdem die Tageszeitung *Fiji Sun* über die Zerstörung von Mangroven und die Anlegung von Tunneln auf ihrem privaten Grundstück für ein Urlaubsresort berichtet hatte. Demnach sei zuvor nicht, wie vorgeschrieben, eine Bewertung der Folgen für die Umwelt vorgenommen worden, weshalb mittlerweile gegen Eden ermittelt wird. Eden hatte bei der Klimakonferenz in Bonn zahlreiche Sitzungen geleitet und für die Präsidentschaft an Verhandlungsrunden teilgenommen. Berichten zur Folge will sie ihren Sitz im Parlament behalten. (*UNFCCC*, *Reuters* 04.09.18, *Fiji Sun* 07.09.18)

### Trockenheit in Fidschi

Nicht nur in Deutschland hat es einen ungewöhnlich warmen und trockenen Sommer gegeben, auch in Fidschi war der August außergewöhnlich trocken. Das gab der *Fiji Meteorological Service* in Nadi bekannt. Demnach sei für den gesamten Monat August für die Messstationen Lautoka Mill, Rarawai Mill, Tavua, Yaqara und Labasa Airport überhaupt kein

Regenfall gemessen worden. Auch für die Messstationen Nadi Airport, Penang Mill, Keiyasi, Viwa, Yasawa-i-Rara, Seaqaqa, Nabouwalu, Matei Airfield, Lakeba und Vanuabalavu ist nahezu kein Regenfall gemessen worden. (*Fiji Times 05.09.18*)

## VANUATU

### Eröffnung von Notfallzentren

Der vanuatische Premierminister Charlot Tabimamas hat Anfang Juli in den Provinzen Malampa und Sanma je ein Koordinierungsbüro für Naturkatastrophen (*Emergency Operations Centre*) eingeweiht. Finanziert wurden die beiden Notfallzentren durch das EU-Projekt „Building Safety and Resilience in the Pacific“ mit insgesamt 700.000 US-Dollar. Pro Büro sollen je vier Katastrophenmanager (*National Disaster Management Officer*) eingestellt werden. Sie sollen bei Naturkatastrophen die überregionale Hilfe koordinieren und die Logistik für Opfer und Helfer bereitstellen.

Premierminister Tabimamas erklärte die Wahl der Standorte für die neuen Zentren mit der Anfälligkeit dieser beiden Provinzen für Wirbelstürme und Tsunamis. (*SPC News 06.07.18*)

### Älteste Partei feiert Jubiläum

Am 17. August 1971 wurde von Walter Lini, John Bennett Bani und Donald Kalpokas die Partei *New Hebridean Cultural Association* gegründet. Die Partei bemühte sich, die traditionellen Lebensgewohnheiten mit westlichen Einflüssen zu verbinden. Sie war Vorgängerin der *New Hebrides National Party*, aus der schließlich die bis heute existierende Partei *Vanua'aku Pati* (VP, engl. Our Land Party) hervorging. Das 47-jährige Jubiläum dieser Partei wurde jetzt im *Independence Garten* von Port Vila feierlich begangen. So wurde u.a. die Fahne der Partei aufgezo-

gen und es gab einen Gottesdienst.

*Info:* Die VP ist die älteste Unabhängigkeitspartei von Vanuatu. Bereits vor der Unabhängigkeit des Staates im Jahr 1980 hatte die Partei sich bei den Wahlen 1979 für die Unabhängigkeit engagiert und den anglikanischen Pastor Father Walter Lini unterstützt. In den Wahlen vom November 1979 gewann die Partei 62 Prozent der Stimmen und 26 der 39 Sitze in der Repräsentativen Versammlung. Lini selbst wurde am 29. November 1979 Chefminister des melanesischen Archipels mit über 80 Inseln und forderte mit dem Ausruf „Seli Ho“ (*Lasst uns gemeinsam rudern*) eine baldige Unabhängigkeit.

Als das britisch-französische Kondominium der *Neuen Hebriden* am 30. Juli 1980 seine Unabhängigkeit erhielt, wurde Walter Lini erster Premierminister des nun Vanuatu genannten unabhängigen Staates. Er hatte dieses Amt bis 1991 inne.

Die Vanua'aku Pati ist eine demokratische sozialistische Partei. Bei den letzten Wahlen am 22. Januar 2016 erhielt sie 11,91 % der Stimmen und 6 Sitze im Parlament. Sie unterstützte die Wahl von Charlot Salwai als Premierminister. (*Pacnews 17.08.18, Wikipedia, CIA World Factbook*)

### Diplomat. Beziehungen mit Tadschikistan

Am 16. August 2018 haben Vertreter von Vanuatu und Tadschikistan diplomatische Beziehungen aufgenommen. Der Vertreter Vanuatus bei den Vereinten Nationen, Botschafter Odo Tevi, und der Vertreter Tadschikistans bei den Vereinten Nationen, Botschafter Mahmadamin Mahmadaminov, unterzeichneten in New York einen entsprechenden Vertrag.

*Info:* Tadschikistan ist ein Hochgebirgsland, das an Usbekistan, Kirgisistan, die Volksrepublik China und Afghanistan grenzt. Fast die Hälfte des Staatsgebietes liegt auf einer Höhe von 3.000 m und

höher. In Tadschikistan leben knapp 9 Millionen Menschen.

(*CIA World Factbook, <http://mfa.tj/?l=en&cat=8&art=3591>, <https://akipress.com/news:610026/>*)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### † Pastor Ben Houmbouy

Am 4. Juni verstarb in Ouvéa an den Folgen eines Sturzes überraschend der pensionierte Professor für Philosophie und Pastor der *Eglise Protestante de Kanaky Nouvelle-Calédonie*, Beniéla Houmbouy. Der über die Grenzen des Landes bekannte und äußerst beliebte 75-jährige Pastor war bei Reparaturarbeiten vom Dach seines Hauses gestürzt.

Der aus dem Dorf Hnyiméhé gebürtige Kanake arbeitete u.a. für sechs Jahre als Pfarrer in der protestantischen Kirche der Maohi auf Tahiti (Französisch-Polynesien), bevor er einem Ruf an das Lycée Do-Kamo in Nouméa folgte. Hier setzte er sich vor allem für bessere Bildungsmöglichkeiten für indigene Kanaken ein. Im Volksmund als „Pasteur Ben“ bekannt, mischte sich der engagierte Dozent gerne in die politischen Debatten um die Unabhängigkeit ein. Stets mahnte der als besonders intellektuell geltende Houmbouy dabei zu Versöhnung und Dialogbereitschaft. Pasteur Ben hatte sich auch als Poet und Schriftsteller über die Grenzen Neukaledoniens hinweg einen Ruf gemacht. Dabei schrieb das Mitglied in der Vereinigung neukaledonischer Schriftsteller in seiner Muttersprache oder auch in Französisch. Der Familienvater hinterlässt seine Frau, fünf Kinder und 12 Enkelkinder. (*France Info 04.06.18, DEFAP Paris 06.06.18, <https://www.lnc.nc/article/nouvelle-caledonie/le-pasteur-ben-houmbouy-n-est-plus>*)

## MIKRONESIEN

### Fluglinie feiert Jubiläum

**Guam:** Seit 50 Jahren fliegt die US-amerikanische Linienfluggesellschaft *United Airlines* das amerikanische Außengebiet Guam in Mikronesien an. Dieses Jubiläum nahm der leitende Geschäftsführer der Fluggesellschaft, Oscar Munoz, zum Anlass, um das Büro auf Guam zu besuchen und den rund 1.000 einheimischen Angestellten bei einer Feierstunde in der örtlichen Stadthalle zu danken. Munoz kritisierte zugleich den Anstieg an Billigflug-Anbietern in der Region. Seit kurzem hat eine koreanische Billigfluglinie die Verbindung nach Guam aufgenommen, so dass erstmals mehr Koreaner in Guam Urlaub machten als Japaner.

Man wolle nicht mit diesen Billigfluganbietern konkurrieren, so *United Airlines*-Geschäftsführer Munoz. Die Fluglinie habe im Laufe der fünf Jahrzehnte viele Fluggesellschaften kommen und gehen sehen und so werde es auch bleiben. Mit zuverlässigem Service und sicheren Flugzeugen werde *United Airlines* auch weiterhin punkten, zeigte sich Munoz überzeugt.

*Info:* Guam ist ein Drehkreuz der amerikanischen Fluglinie und bietet Nonstop-Flüge zu und aus vier Städten in Japan (Tokio, Osaka, Nagoya und Fukuoka) sowie nach und aus Hongkong und Manila. Innerhalb von Mikronesien bietet *United* Flüge zu und aus neun Zielen an, darunter Palau und Saipan. (*Kuam News* 20.08.19, <https://www.united.com/web/DE/content/travel/airport/guam.aspx>)

### Matson stiftet Stipendien

**Palau:** Die amerikanische *Matson Foundation* hat dem *Palau Community College* 1.000 US-Dollar für den Stipendien-Fonds dieser regionalen Fachhochschule gespendet. Den symbolischen Scheck übergaben die Vertreter von *Matson*, Wilbert Kamerang und

Cornelius Eason, an den Direktor des Colleges, Herrn Dr. Patrick Tellei.

*Info:* Die *Matson Navigation Company* (kurz *Matson*) ist eine 1882 gegründete US-amerikanische Reederei aus San Francisco. Sie betreibt die Passagier- und Frachtschiffahrt vor allem zwischen der amerikanischen Westküste und Hawai'i sowie zwischen den Inseln Mikronesiens. Die 2012 gegründete *Matson Foundation* unterstützt finanziell Nichtregierungsorganisationen und Kleinstbetriebe, die sich für das Wohl der Gemeinschaft einsetzen. Schwerpunkte der Spenden sind die Umwelt, die Bildung sowie Kunst und Kultur.

(*Marshall Islands Journal* 03.08.18, <https://www.matson.com/community/index.html>)

### Regierung erlässt Plastik-Verbot

**Palau:** Der Präsident der mikronesischen Inselrepublik Palau, Tommy E. Remengesau Jr., hat Mitte August ein Dekret unterzeichnet, demnach Einweg-Produkte aus Plastik wie Getränkeflaschen, Tüten und Geschirr aus Styropor nicht mehr in staatlichen Einrichtungen inklusive des Parlaments benutzt werden dürfen.

Das Verbot bezieht sich nicht nur auf die Nutzung solcher Produkte durch die Mitarbeitenden der Einrichtungen, sondern auch auf Besucher und Kunden.

Gleichzeitig erließ der Präsident ein Gesetz, demnach alle Firmen auf der Insel nachhaltig und umweltbewusst wirtschaften sollen.

In den Supermärkten Palaus war die Ausgabe von Plastiktüten bereits seit November 2017 verboten. Eine „Gnadenfrist“ für die Betreiber verstrich jetzt - ab sofort dürfen nur noch kompostierbare Tüten aus Stoff oder Papier ausgegeben werden.

Touristen kämen eigens wegen der Schönheit der Natur und wegen des kristallklaren Wassers nach Palau, so der Präsident. Als

Regierungschef müsse man sich der Verantwortung für die Bewahrung dieser Schätze bewusst sein und mit gutem Beispiel vorangehen. So könnten auch auswärtige Besucher noch etwas von der Umweltverantwortung der Palauer lernen, erklärte Remengesau weiter. (*Pacific Note* 09.11.17, *Radio NZ Intern* 17.08.18)

### Expedition in die Arktis

**Föderierte Staaten:** Deborah Schutz, Schülerin der *Xavier High School* in Chuuk, war Teil einer Gruppe von 125 Schülerinnen und Schülern aus 16 Staaten, die an der diesjährigen „Arctic Expedition 2018“ vom 23. Juli bis zum 7. August teilnahm. Auf dem Forschungsschiff „Ocean Endeavor“ fuhren die Schüler in die kanadische Arktis und nach Grönland. Ziel war es, die Auswirkungen des Klimawandels in diesen Regionen kennenzulernen. Die Expeditionsteilnehmer erfuhren, wie die Menschen in der Arktis und auf Grönland mit den veränderten Umweltbedingungen klarkommen und welche Maßnahmen gegen die Klimawandelfolgen sie treffen. Die Schüler aus den Inselstaaten (u.a. waren auch Teilnehmer von den Malediven dabei) sollten dabei eine ganz andere Lebenswirklichkeit kennenlernen als ihre (tropische) Heimat.

Erstmals nahm mit Deborah Schutz eine gebürtige Marshallerin an der Expedition teil. Die Kosten übernahm die Regierung der Marshall-Inseln.

*Info:* Seit dem Jahr 2000 entsendet die Organisation *Students on Ice* junge Menschen in arktische Länder, um sie für die Polarregion zu interessieren und sie für die Auswirkungen des Klimawandels zu sensibilisieren. (*Marshall Islands Journal* 17.08.18, <https://studentsonice.com/expedition/arctic-expedition-2018/%EF%BF%BCexpedition-details-2/students-2018/>)

## MARSHALL-INSELN

### Neues Mitglied im Nuklear-Ausschuss

Die amerikanische Ethnologin Dr. Holly Barker ist in den Ausschuss zur Aufarbeitung der atomaren Vergangenheit der Marshall-Inseln (*Nuclear Commission*) gewählt worden. Sie ergänzt das dreiköpfige Team um Ausschussvorsitzende Rhea Moss-Christian und Herrn Alson Kelen.

Barker wurde Mitte Juli im Parlament in Majuro feierlich in ihr neues Amt eingesetzt.

Die Biographie der promovierten Völkerkundlerin ist eng mit den Marshall-Inseln verknüpft. Von 1988 bis 1990 war sie als Freiwillige des amerikanischen *Peace Corps* auf dem Atoll Mili. Von 1990 bis 2005 arbeitete sie als Assistentin des marshallesischen Botschafters für die USA in Washington. Nebenbei besuchte sie in Abendkursen die Universität und machte ihren Abschluss in *International Education*, bevor sie Ethnologie studierte. Ihre Feldstudie absolvierte sie auf Bitten des im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen Außenministers Tony deBrum auf den Marshall-Inseln. Für ihre Dissertation interviewte sie Augenzeugen und Angehörige der amerikanischen Atombombentests auf den Atollen. Tony deBrum ging es darum, eine eigene verlässliche Datenbank mit Berichten und Fakten über die atomare Vergangenheit der Marshall-Inseln anlegen zu lassen.

Seit 2005 ist Professorin Barker eine vielfach ausgezeichnete Dozentin für Ethnologie an der Universität von Washington, sowie Kuratorin der Abteilung „Oceanic and Asian Culture“ am Burke Museum. Das *Burke Museum of Natural History and Culture* ist ein naturhistorisches und völkerkundliches Museum auf dem Campus der *University of Washington* in Seattle, es wurde bereits 1899 gegründet. (*Marshall Islands Journal* 10.08.18, <http://www.burkemuseum.org/>, <https://anthropology.washington.edu/news/2013/04/01/professor-holly-barker-wins-distinguished-teaching-award>)

## Maßnahmen zur Ernährungssicherung

Dörfliche Gemeinschaften auf den von Trockenheit und Dürre betroffenen nördlichen Atollen der Marshall-Inseln führen geeignete Maßnahmen ein, um zukünftig ihre Ernährung zu sichern. Durch Unterstützung des von der Europäischen Union mit 4,5 Millionen Euro finanzierten Programmes RENI (*EU-North Pacific- Readiness for El Niño*) pflanzen die Frauen auf den Atollen nun salzwasser- und dürreresistentere Nahrungspflanzen an. Sie experimentieren mit der Verbesserung des minderwertigen Ackerbodens auf den aus Korallenkalkgestein bestehenden Atollen. Außerdem legen sie Baumschulen mit Setzlingen an.

RENI verfolgt einen partizipatorischen Ansatz. Vor allem die für die Ernährungssicherheit zuständigen Frauen sollen mit einbezogen werden. Deshalb gab es in der jüngsten Vergangenheit mit den Gemeinden auf den Atollen Gespräche und Workshops. Die Gemeinden konnten selber entscheiden, ob sie an RENI teilnehmen und welche Maßnahmen sie treffen wollen, um bei künftigen Trockenperioden nicht Hunger zu leiden. Mit einbezogen in die Vorbereitungen wurden auch die Nichtregierungsorganisation *Women United Together Marshall Islands* sowie der Bauernverband der Inseln (*Marshall Islands Organic Farmers Association*). Der Bauernverband will sich dafür einsetzen, dass Familien wieder verstärkt eigene Gärten mit Pflanzen anlegen, die widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels sind. Nach Angaben des Verbandes haben die Menschen auf den Atollen sich an die Verfügbarkeit von Konserven und *convenience food* gewöhnt und müssten erst wieder an das traditionelle Subsistenzsystem herangeführt werden.

Zunächst startet das Projekt in Ailuk und Santo-Kwajalein. Bei Erfolg soll es ausgeweitet werden auf die Atolle Enewetak, Mejit, Utrik und Wocho.

(*SPC Media* 18.07.18; <http://ccprojects.gsd.spc.int/eu-north-pacific->

*reni*, <http://ccprojects.gsd.spc.int/wp-content/uploads/2018/07/RMI-Concept-Note.pdf>)

## Besserer Status

Bei dem jährlich im Juni vorgelegten Bericht „Trafficking in Persons Report“ haben die Marshall-Inseln sich auf Kategorie 2 (*Tier 2*) verbessern können. Damit gehört er mit den USA assoziierte mikronesische Inselstaat zu den Ländern, die zwar die Anforderungen des *Trafficking Victims Protection Act* (TVPA, Pakt über den Schutz vor Menschenhandel) aus dem Jahr 2000 nicht vollständig erfüllen, die ergreifen, um Menschenhandel zu unterbinden.

*Info:* Der Bericht zum Menschenhandel wird jährlich vom *Office to Monitor and Combat Trafficking in Persons* des amerikanischen Außenministeriums veröffentlicht. Darin werden die Länder in Kategorien von 1 (alle rechtlichen Vorgaben des TVPA erfüllt) bis 3 eingestuft. In Kategorie 3 sind Länder, die weder die Mindeststandards des TVPA erfüllen, noch sich überhaupt bemühen, diese Vorgaben zu erfüllen. Zu dieser Kategorie gehören z.B. Bolivien, Burundi, Kongo, Eritrea, Gabun, Iran und Korea.

In diesem Jahr wurde auch Papua-Neuguinea aus der Kategorie 2 in die dritte Kategorie herabgestuft.

In Kategorie 1 gehören neben einigen europäischen Staaten (u.a. Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Italien, Spanien, Deutschland) auch die pazifischen Staaten Australien, Neuseeland, Japan, Taiwan und die Philippinen. (*Marshall Islands Journal* 06.07.18, <https://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/>, [https://en.wikipedia.org/wiki/Trafficking\\_in\\_Persons\\_Report](https://en.wikipedia.org/wiki/Trafficking_in_Persons_Report))

## Berater bei der Weltbank

Finanzminister Brenson Wase hat Jerry Nathan zum Senior-Berater (*Senior Adviser*) bei der Weltbank in Washington DC bestellt. Nathan war bis dato Berater bei der *Asian Development Bank* in Manila (Phi-



lippinen). Davor arbeitete er für die *Marshalls Energy Company* und war als Berater im Entwicklungsministerium der Marshall-Inseln tätig. (*Marshall Islands Journal* 17.08.18)

## KIRIBATI

### KIT erfolgreich akkreditiert

Das *Kiribati Institute of Technology* (KIT) in Betio ist vom *Pacific Board for Educational Quality* erfolgreich als Institut der höheren Bildung und Ausbildung akkreditiert worden. Das KIT ist die erste, einer deutschen Fachhochschule vergleichbare, Institution in einem der kleinen Pazifikstaaten, die das Gütesiegel für ihre Ausbildung erhielt.

Am KIT können folgende Fächer studiert werden: Buchhaltung, Betriebswirtschaftslehre, Elektrotechnologie, das Schreinerhandwerk sowie Mechanik.

Jährlich absolvieren rund 200 Studenten erfolgreich die englischsprachigen Kurse des KIT. Neben den Hauptfächern wird Englisch und Informationstechnologie unterrichtet. (*SPC Media* 15.08.18, <http://www.kit.edu.ki/about.html>)

### Dialogforum zu Menschenrechten

Als erster Pazifikstaat hat Kiribati mit der Implementierung des *Pacific Commonwealth Equality Project* begonnen. Das von der *Pacific Community* (SPC) und der britischen Regierung ins Leben gerufene zweijährige Projekt soll die Fähigkeiten der pazifischen Commonwealth-Länder stärken, ihren internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte nachzukommen.

Die von Großbritannien dafür bereitgestellten 2,36 Millionen US-Dollar sollen gleichermaßen den Staaten Fidschi, Kiribati, Nauru, Papua-Neuguinea, Samoa, den Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu in den nächsten zwei Jahren zugute kommen.

Bei dem Projekt geht es u.a. um die Schaffung von Dialogforen für

Parlamentarier und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, die sich für Recht und Ordnung und die Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Es sollen auch Maßnahmen zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden.

Das erste dieser Dialogforen (*Kiribati Members of Parliament Dialogue on Human Rights and Law making*) hat nun Mitte August im Parlament von Tarawa stattgefunden. Kiribatis Justizminister Natan Teewe begrüßte die Unterstützung durch das *Regional Rights Resource Team* der SPC bei den Maßnahmen zur guten Regierungsführung.

Zur Einführung des Programms hatten sich in Tarawa hochrangige Vertreter der SPC, Vertreter Großbritanniens sowie Kiribatis Präsident Taneti Mama und weitere Parlamentarier versammelt. Der stellvertretende britische Botschafter für Fidschi, Dave Jones, hielt die Begrüßungsansprache vor dem Dialogforum. (*SPC Media* 17.08.18, *Scoop Media* 13.07.18, <https://www.spc.int/events/2018/08/16/pacific-commonwealth-equality-project>)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Premier fordert Abnehmwettbewerb

**Tonga:** Der Premierminister von Tonga, Akilisi Pohiva, will seinen Amtskollegen aus den anderen pazifischen Staaten beim nächsten Treffen des *Pacific Islands Forum* Anfang September in Nauru einen einjährigen „Abnehmwettbewerb“ vorschlagen. Der sehr schlanke Premier erklärte: „*Wir treffen uns, reden und reden - aber unsere Initiativen haben keine Wirkung, das funktioniert alles nicht. Und wenn man sich die die Staatschefs ansieht....kein Kommentar*“.

Pohiva will seinen Kollegen nun vorschlagen, ein Jahr lang zu versuchen, abzunehmen. Beim nächsten Gipfeltreffen des Forums im nächsten Herbst könne man dann vergleichen, wer die meisten Kilos abgesehen habe.

Die Statistiken geben Pohiva Recht: Nach Angaben des *World Fact Book* des amerikanischen Geheimdienstes CIA sind z.B. auf Nauru 61 % der Bevölkerung fettleibig. Auf den Cook Islands sind es 55,9 %. In Tonga gelten immerhin 48,2 % der 106.480 Einwohner als übergewichtig. Gründe für das Übergewicht sind u.a. die veränderten Essgewohnheiten durch die Einfuhr von Fertiggerichten und Lebensmittelkonserven. (*BBC News* 14.08.18, *CIA World Factbook online*)

### Chinesisches Hospitalschiff zu Besuch

**Tonga:** Anfang August kam das chinesische Hospitalschiff „Arche des Friedens“ (Peace Ark) nach Tonga und dockte eine Woche lang an der Vuna-Anlegestelle im Stadtzentrum der Hauptstadt Nuku'alofa, direkt neben dem Regierungsgebäude. Das 14.000 Bruttoregistertonnen schwere Schiff ist als eine Art mobiles Krankenhaus konzipiert, mit hunderten von Behandlungsräumen verschiedener medizinischer Fachbereiche (u.a. Augen-, Zahn-, Haut-, Kindermedizin und Orthopädie) und mehreren Operationssälen. Anders als in typischen westlichen Krankenhäusern wird dabei nicht allein moderne westliche Medizin eingesetzt, sondern in einem ganzheitlichen Konzept Schulmedizin mit traditionellen chinesischen Praktiken wie Akkupunktur und naturheilkundlichen Mitteln kombiniert.

Als Geste des guten Willens der Entwicklungszusammenarbeit Peking wurde das Schiff zum ersten Mal 2014 auf eine Rundfahrt durch den Pazifik geschickt. Die diesjährige Tour umfasste neben Tonga Papua-Neuguinea, Vanuatu, Fidschi sowie verschiedene Staaten entlang der Pazifikküste Süd- und Mittelamerikas. Länder, die statt

der Volksrepublik China die Regierung in Taiwan als Vertretung Chinas anerkennen, beispielsweise die Salomonen, werden nicht angefahren.

Während des Aufenthalts in Tonga kamen mehr als 4.000 Patienten an Bord der „Arche des Friedens“, um sich kostenlos behandeln zu lassen. Ein auf dem Schiff stationierter Hubschrauber flog zudem auf die Nachbarinsel 'Eua, um dortige Patienten, die dringend Hilfe benötigten, auf das Schiff zu transportieren. Außerdem tauschten sich die Ärzte des Schiffs mit denen des staatlichen tonganischen Krankenhauses aus und besuchten Krankenstationen in abgelegeneren Dörfern der Hauptinsel Tongatapu.

*Info:* Das Krankenhausschiff ist seit 2007 im Einsatz in ärztlich unterversorgten Regionen, die über Wasserwege erreicht werden können. Bei der diesjährigen Tour „Harmonious Mission 2018“ ankernte das Schiff jeweils für eine Woche auch in Papua-Neuguinea, Vanuatu und Fidschi.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: Radio NZ Intern. 20.08.18, <https://www.bairdmaritime.com/work-boat-world/small-craft-world/2761-china-s-peace-ark-sets-sail-for-2018-mission>)



### Adeliger Abgeordneter für Reform des Sexual-Strafrechts

**Tonga:** Ende August fand in *Tanoa Dateline Hotel* in Nuku'alofa die tonganische Premiere des von Sisi'uno Helu produzierten Dokumentarfilms „*Leitis in Waiting*“ statt, der die schwierige Stellung von „Fakaleiti“, d.h. Transvestiten, in der tonganischen Gesellschaft thematisiert. In der anschließenden Podiumsdiskussion sicherte Lord Fusitu'a von der Insel Niuafo'ou, einer der neun Adelsvertre-

ter im Parlament des Königreichs, den Fakaleiti seine volle Unterstützung zu. Unter anderem sprach er sich dafür aus, einen Paragraphen im tonganischen Strafrecht, der homosexuelle Handlungen verbietet, abzuschaffen. Auf die Frage eines religiösen Fanatiklers unter den Zuhörern, wie eine solche Reform mit der Bibel vereinbar sei, antwortete Lord Fusitu'a, die einzige Stelle in der Bibel, die Homosexualität verbiete, sei das Buch Levitikus im Alten Testament, und als gläubiger Christ richte er sich nicht nach alttestamentlichen Verboten, sondern vielmehr nach der Lehre Jesu von der Nächstenliebe. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quelle: Matangi Tonga, eigene Beobachtung der Veranstaltung)

### Samoanerin übernimmt UN-Amt

**Samoa:** Die gebürtige Samoanerin Tagaloatele Peggy Fairbairn-Dunlop ist zur sozialwissenschaftlichen Referentin (*Commissioner for Social Sciences*) der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) ernannt worden.

Die Professorin lehrt derzeit an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der *Auckland University of Technology* in Neuseeland. Hier hatte sie auch den Studiengang „Pacific Studies“ gegründet und ihm vorgestanden. Davor hatte sie bereits das „Va'aomanu Pasifika“-Zentrum an der *Victoria University* in Wellington eingerichtet. Sie war damit die erste samoanische Frau in der Leitungsposition einer universitären Forschungseinrichtung mit dem regionalen Schwerpunkt Ozeanien.

Außerdem leitet die engagierte Professorin seit 2013 als Präsidentin die Geschicke von PACIFICA, einem beruflichen Netzwerk erfolgreicher inselpazifischer Frauen in Neuseeland. Sie ist außerdem Mitglied in diversen politischen Gremien und Beraterin für das neuseeländische Gesundheits- und Bildungsministerium.

*Info:* Fairbairn-Dunlop forscht seit über 30 Jahren zu den Themen Bildung und Erziehung im Pazifik. Zurzeit arbeitet sie zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.

Die mehrfach ausgezeichnete Wissenschaftlerin lebte und arbeitete von 1981 bis 2005 in Samoa.

(Radio NZ Intern. 14.08.18, <https://www.aut.ac.nz/profiles/peggy-fairbairn-dunlop>)

### Jubiläumsfeier des Treaty of Rarotonga

**Samoa:** Vertreter pazifischer Inselstaaten haben am 10. August im *Taumeasina Island Resort* in Apia an das 33-jährige Jubiläum des „Treaty of Rarotonga“ erinnert. Anlässlich des Jubiläums war Tim Wright von der Kampagne I.C.A.N. (*International Campaign to abolish nuclear weapons*, Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) nach Apia gekommen. In seiner Key-note begrüßte Wright die visionäre Entscheidung der pazifischen Regierungschefs, sich bereits vor über 30 Jahren für einen atomwaffenfreien Pazifik eingesetzt zu haben. Am Rande seines Vortrages zeigte Wright dem Publikum auch die Nobelpreis-Medaille. I.C.A.N. hatte im vergangenen Jahr für seinen Einsatz gegen Atomwaffen und Atomenergie den Friedensnobelpreis zuerkannt bekommen.

Vertreter von Palau und den Marshall-Inseln wiesen in ihren Redebeiträgen auf die nukleare Vergangenheit des Pazifiks hin und forderten dazu auf, sich weiterhin gegen Atomenergie zu engagieren. Wichtig sei es jetzt, den Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren. Dieser Vertrag ist eine internationale Vereinbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen verbietet, außerdem die Drohung damit. Bis Mitte August 2018 hatten 60 Staaten unterzeichnet (u.a. Fidschi, Indonesien, Kiribati, Neuseeland, Samoa, Philippinen, Thailand, Tuvalu und Vanuatu), 14 Staaten – darunter aus dem Pazifik nur Palau – den

Vertrag ratifiziert. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten.

Eine Vertreterin Tahitis bedauerte auf der Jubiläumsfeier die Unmöglichkeit, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. In Französisch-Polynesien leiden noch tausende von Atomtestveteranen und ihre Angehörigen an gesundheitlichen Spätfolgen der französischen Atombombentests zwischen 1966 und 1996, doch kann Französisch-Polynesien als abhängiges französisches Überseegebiet den Vertrag nicht selber unterzeichnen.

*Info:* Der Vertrag von Rarotonga (*South Pacific Nuclear Free Zone Treaty*, SPNFZT) ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der das Testen, die Stationierung, den Besitz sowie die Herstellung von Kernwaffen im Südpazifik verbietet. Außerdem untersagt er das Lagern von atomaren Abfällen in den Gewässern der Region. Er wurde am 6. August 1985 von acht Mitgliedstaaten des *South Pacific Forum* auf Rarotonga (Cook-Inseln) unterzeichnet und trat am 11. Dezember 1986 in Kraft. Mittlerweile sind – mit Ausnahme der Förderierten Staaten von Mikronesien, der Marshall-Inseln und Palaus – auch die übrigen Mitgliedsstaaten des Forums Vertragsparteien.

(*Samoa Observer* 10.08.18, <https://www.icanw.de/>, <http://www.nti.org/learn/treaties-and-regimes/south-pacific-nuclear-free-zone-spnfz-treaty-rarotonga/>)

## FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI (OSTERINSEL)

### Māori und Samoaner investieren in Tahitis Tourismus

**Frz.-Polynesien:** Ende August unterzeichnete die Landesregierung Französisch-Polynesiens einen Vertrag mit dem Maori-Samoanischen Konsortium Kaitiaki Tagaloa zum Bau eines Hotelkomplexes in Outumaoro, einem Ortsteil der Gemeinde Punaauia an der Nordwestküste der Insel Tahiti. Das Konsortium besteht

aus dem von Māori geführten neuseeländischen Immobilienunternehmen *Kaitiaki Property* und *Iwi International*, deren Kapital hauptsächlich aus Kompensationszahlungen der neuseeländischen Regierung zur Wiedergutmachung früheren Unrechts und Beschlagnahme von Landbesitz im 19. Jahrhundert stammt, und dem samoanischen Hotelunternehmen *Grey Group* (bekannt durch deren ursprüngliches Hotel Aggie Grey's in Apia), das bereits fünf andere Luxushotels in Französisch-Polynesien besitzt.

Während das Tourismusgeschäft in Französisch-Polynesien seit Anfang des Jahrtausends stagnierte, kam es in den letzten Jahren erstmals wieder zu einem Anstieg der Besucherzahlen. Infolgedessen soll nun in Outumaoro ein riesiges Touristenviertel mit Hotels, Restaurants, Kaufhäusern und Erholungseinrichtungen nach dem Vorbild von Waikīkī in Hawai'i oder Tumon auf Guam entstehen, doch es wird immer noch nach verlässlichen Investoren für dieses Mega-Projekt gesucht. Der Vertrag mit *Kaitiaki Tagaloa* deckt nun etwa ein Drittel des geplanten Gesamtprojekts ab. Anders als potentielle amerikanische, chinesische oder nahöstliche Investoren, deren Interesse an dem Projekt von weiten Teilen der Bevölkerung mit Argwohn betrachtet wurde, handelt es sich hier nun um Unternehmer polynesischer „Brudervölker,“ und Tukoroirangi Morgan, der als Vertreter von Kaitiaki Tagaloa den Vertrag unterzeichnete, meinte, durch das Projekt ginge ein langersehnter Traum in Erfüllung, nämlich dass Polynesier wirtschaftlich auf höchster Ebene ohne Hilfe von außen miteinander kooperieren. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: Radio New Zealand, Tahiti-Infos)

### Erfolgreiche Klage auf Kompensation

**Frz.-Polynesien:** Nach Angaben der Atomtestveteranenvereinigung *Association 193* hat die französische Regierung den Klagen von acht ehemaligen Arbeitern auf

dem Kernwaffentestgelände von Moruroa stattgegeben und ihnen Kompensationszahlungen für Gesundheitsschäden zugesprochen. Sechs Klagen wurden abgelehnt.

Pfarrer Uebe-Carlson von der Nichtregierungsorganisation ermutigte alle Angehörigen von ehemaligen Arbeitern, sich zu melden. Wenn die entsprechenden Personen erfüllten, werde man sie juristisch und moralisch bei den Klagen unterstützen. Zu den Kriterien gehört u.a. der damalige Aufenthaltsort der Geschädigten während der Atomtests sowie die Art der Krankheit. Die französische Regierung hat eine Liste von Krankheiten angelegt, die direkt auf radioaktive Verstrahlung hindeuten und die von der Regierung als kompensationspflichtig anerkannt sind.

*Info:* Die *Association 193* wurde 2014 gegründet. Die Zahl 193 weist auf die 193 Atomtests hin, die in Französisch-Polynesien zwischen 1966 und 1996 stattfanden. Die Mitglieder der Vereinigung sind ehemalige Arbeiter auf dem Testgelände, ihre Frauen, Kinder und Enkelkinder, die bis heute unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden. Die Vereinigung selber bezeichnet sich als unpolitisch, aber christlichen Werten verpflichtet (*Association apolitique et fondée sur des valeurs chrétiennes*).

(*Radio NZ Intern.* 08.08.18, <http://www.association193.org/>, <https://www.facebook.com/ASSOCIATION193/>)



## HAWAI'I

### Verbot gesundheits- schädlicher Sonnencremes

Als erster amerikanischer Bundesstaat hat Hawai'i im Mai ein Gesetz verabschiedet, das den Verkauf von Sonnencremes mit bestimmten Substanzen ab dem 1.

Januar 2021 verbietet. Verboten sind dann die Inhaltsstoffe Octinoxat und Oxybenzon. Diese werden in den Cremes als UV-Filter benutzt und sollen die Haut vor übermäßiger Ultraviolettstrahlung der Sonne schützen. Eine mögliche Folge der beiden Stoffe ist jedoch die Schädigung am Erbgut von Fischen und Korallen. Sie sollen auch die menschliche Gesundheit beeinflussen. Der Biologe Dr. Robert Richmond hat untersucht, welche Auswirkungen die Chemikalie Oxybenzon auf die Korallenriffe hat. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Sonnencreme im Wasser die Korallen schneller sterben lässt.

Der demokratische Bundesstaats-Senator Mike Gabbard begrüßte das Gesetz als „historisch für unsere Meere“.

Im Rahmen einer Werbetour für das neue Gesetz verteilte die lokale Fluggesellschaft *Hawaiian Airlines* auf ihren Flügen bereits Probepäckchen von Sonnencremes ohne die schädlichen Inhaltsstoffe.

*Info:* Rund 14.000 Tonnen Sonnencreme enden jedes Jahr in den Meeren dieser Welt. Mit neun Millionen Touristen jährlich ist Hawai'i besonders betroffen. (*Travel inside* 25.07.18, *Deutschlandradio* 09.07.18)

### Bürgermeister errichtet Statue zum Gedenken an Unabhängigkeit

Am 31. Juli jährte sich zum 175. Mal die Wiederherstellung der Souveränität des hawaiischen Königreiches nach einer kurzen britischen Besatzung. Im Februar 1843 hatte ein britischer Marinekapitän die Inseln gewaltsam in Besitz genommen, ohne von London dazu autorisiert zu sein. Sechs Monate später war sein Vorgesetzter, Admiral Richard Thomas, nach Honolulu gekommen und hatte die Besatzung rückgängig gemacht. Auf einem Feld vor den Toren der Stadt war am 31. August 1843 die britische Flagge feierlich eingeholt und die hawaiische wieder gehisst worden. König Kamehameha III hatte zu diesem Anlass die Worte „*Ua mau*

*ke ea o ka 'āina i ka pono*“ (Die Unabhängigkeit des Landes ist durch Rechtschaffenheit gewährleistet) gesprochen, die zum Wahlspruch des Königreichs erhoben wurden. Der 31. Juli wurde daraufhin zu einem der Nationalfeiertage des Landes und das Feld, auf dem der Flaggenmast stand, als „Thomas Square“ zu einem Gedenkpark.

Nach der US-amerikanischen Invasion und Okkupation des Archipels in der 1890er Jahren wurde der Feiertag unterdrückt und geriet im Laufe des 20. Jahrhunderts in Vergessenheit, bis er in den 1970er Jahren von Unabhängigkeitsaktivisten wiederbelebt wurde. Vor einigen Jahren begann dann die Stadtverwaltung von Honolulu, die jährliche Feier offiziell zu unterstützen.

Die diesjährige 175-Jahrfeier markiert nun eine definitive Anerkennung des Nationalfeiertags durch die Stadtverwaltung. Während der letzten zwei Jahren wurde der Thomas-Park grundlegend renoviert und neben einem etwa 15 Meter hohen Flaggenmast und einer Tafel mit dem Wahlspruch eine 250.000 US-Dollar teure 4m hohe teilvergoldete Statue des Königs Kamehameha III errichtet, die Honolulu's Bürgermeister Kirk Caldwell feierlich einweihte. Er ordnete außerdem an, dass an der Fahnenstange rund um die Uhr ausschließlich die hawaiische Flagge wehen soll, eine kaum überbietbare Geste in Richtung Unabhängigkeit. Zudem gab Caldwell einem von hawaiischen Aktivisten in der Nacht zuvor ohne offizielle Genehmigung errichteten *ahu* (Steinaltar) seinen Segen. Zur Dekoration der Statue flocht die hawaiische Musikerin Pō'ai Lincoln eine mehrere Meter lange *lei* (Girlande aus Blättern und Blüten), wie es in Hawai'i zur Ehrung von Denkmälern üblich ist. (*Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: Hawai'i News Now, eigene Recherchen*)

### Klagen wegen Nicht-Einhaltung des Völkerrechts

Die Feststellung des Völkerrechtsexperten Dr. Alfred deZayas, eines Mitarbeiters des Hochkommissariats der UNO für Menschenrechte, Anfang dieses Jahres, dass Hawai'i ein von den USA besetztes Land ist und seine Aufforderung an die US-Behörden in Hawai'i, die Haager und Genfer Konventionen einzuhalten und statt amerikanischem hawaiisches Recht anzuwenden (siehe Beitrag in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*) hat zu ersten konkreten Folgen geführt.

Ende Juni legte der Politikwissenschaftler Keanu Sai, der die geschäftsführende Regierung des hawaiischen Königreichs leitet, beim amerikanischen Bundesgericht in Washington eine Verpflichtungsklage ein, um zu erwirken, dass das Bundesgericht den Präsidenten der Vereinigten Staaten dazu auffordert, die Haager und Genfer Konventionen einzuhalten und dementsprechend in Hawai'i hawaiisches Recht anzuwenden. Die Regierungschefs aller Staaten, mit denen das hawaiische Königreich völkerrechtliche Verträge hatte (welche nie gekündigt wurden und daher bis heute formell weiterbestehen) – unter anderem Bundeskanzlerin Merkel – sind als nominell Beklagte genannt, da sie als Vertragspartner Hawai'is verpflichtet wären, die amerikanische Okkupation des Inselstaates zu verurteilen.

Knapp zwei Monate später erklärte Jennifer Ruggles, eine von neun Gemeinderäten der großen Insel Hawai'i („Big Island“ oder „Moku o Keawe“), in einer Pressemitteilung, dass sie aufgrund des Schreibens von DeZayas bis auf weiteres nicht mehr am Beschluss von Gesetzen des Gemeinderats teilnehmen werde. Ruggles, die selbst nicht hawaiischer Abstammung ist, begründete ihren Schritt damit, dass sie als gewählte Volksvertreterin einen Eid auf die Verfassung der USA geschworen hat und diesen Amtseid verletzten würde, wenn sie sich an völkerrechtswidrigen Handlungen beteiligte. Außerdem könne sie sich



nach internationalem Recht strafbar machen, da vorsätzliche Verletzungen der Haager und Genfer Konventionen als Kriegsverbrechen geahndet werden können.

Ruggles' Erklärung fand weites Echo. Während sie von hunderten hawaiischer Aktivisten ebenso wie mehreren Bürgerrechtsaktivisten in den USA viel Lob erfuhr, fühlte sich das politische Establishment des US-Bundesstaates Hawai'i von dieser Herausforderung aus den eigenen Reihen sichtlich bedroht und reagierte mit Ignoranz und Repressalien. Der Justiziar der Gemeinde Hawai'i, Joseph Kamelamela, weigerte sich, ein von Ruggles beauftragtes Rechtsguthaben zu verfassen, und tat die von ihr gestellten Fragen als „irrelevant“ ab. Als Reaktion auf Ruggles' Weigerung, an Abstimmungen des Gemeinderats teilzunehmen, bis ihr zuverlässig versichert wird, keine Verletzungen des Völkerrechts zu begehen, beschlossen die anderen Mitglieder des Gemeinderats, Ruggles von Sitzungen des Rats auszuschließen und ihr Gehalt einzufrieren. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: West Hawai'i Today, Big Island Video News, Hawaiian Kingdom blog, eigene Recherchen)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Auszeichnung für Pauline Tangiora

Die Maori Pauline Tangiora hat den diesjährigen *Wisdom Fellowship Award* der kalifornischen Stiftung *Sacred Fire Foundation* erhalten. Die Organisation setzt sich für die Bewahrung und Weitergabe des traditionellen Wissens indigener Völker ein. Sie ehrt jährlich Vertreter indigener Völker, die sich in besonderer Weise für die Weitergabe von Weisheit, Führerschaft und Begleitung ihres Volkes einsetzen.

Die Maori-Älteste vom Stamm der Rongomaiwahine von der Nordinsel Neuseelands wurde am 26. Juli im kalifornischen Berkeley mit dem Preis in Form einer Feuer-

schale ausgezeichnet. In der Laudatio wurde sie als „*Wisdom keeper of her Peoples*“ bezeichnet.

Tangiora setzt sich für die Bewahrung der Umwelt ein. Sie ist eine international anerkannte Friedens- und Menschenrechtsaktivistin. In Neuseeland hat sie sich vor allem für die Verbesserung der Gefängnisbedingungen für Maori-Frauen stark gemacht. Sie pflegt die Maori-Sprache und ermutigt die junge Generation, sich auf traditionelle Werte und ihre Sprache, das *Te Reo Maori*, rück zu besinnen. Tangiora hat mit verschiedenen Aktionen und Kampagnen auch indigene Völker in der Kalahari-Wüste, Brasilien, Mexiko, den pazifischen Inselstaaten, Nordamerika und Australien unterstützt.

Die als „Aunty Pauline“ bekannte Frau ist verheiratet und Mutter von acht eigenen und sechs adoptierten Kindern. Sie hat 52 Enkel.

(<https://www.sacredfire.foundation/elder/pauline-tangiora/>)



### Supermarktkette verbannt Plastiktüten

Seit Mai hat die neuseeländische Supermarkt-Kette *Countdown* kostenfreie Einmal-Plastiktüten aus seinen Filialen verbannt. Damit können jährlich 350 Millionen Tüten eingespart werden, die bei *Countdown* von Käufern zum Verpacken der Waren genutzt wurden.

Wer keine eigenen Beutel oder Mehrwegtaschen mitbringt, kann an der Kasse gegen geringes Entgelt wiederverwertbare Taschen kaufen. Unbenommen von dem Plastiktütenverbot ist das Angebot des Supermarktes, die gekaufte Ware nach der Kasse von Hilfskräften in die Taschen packen zu lassen.

Die Supermarktketten *New World* und *Pak'n Save* haben mitgeteilt,

bis Ende 2018 ebenfalls keine Einweg-Plastiktüten mehr ausgeben zu wollen. *New World* weist Kunden auf die freiwillige Spende von 10 Cent pro Plastiktüte hin, die von den Kassierern ausgegeben werden. Alternativ bekommen Kunden für jede eigene mitgebrachte Tasche 5 Cent Rabatt auf den Einkauf.

*Pak'n Save* will ebenfalls eine Gebühr für Plastiktüten erheben und außerdem stabile Boxen aus Karton als Alternative anbieten.

Umweltschutzorganisationen rechnen damit, dass die neuseeländische Regierung noch in diesem Jahr ein Einwegplastiktüten-Verbot verabschiedet wird.

(360 Grad Neuseeland Newsletter 11.05.18, <https://www.newshub.co.nz/home/politics/2018/06/government-set-to-introduce-single-use-plastic-bag-ban.html>)

### Häuserkauf nur für Einheimische

Angesichts der stark gestiegenen Immobilienpreise in Neuseeland dürfen Ausländer keine Häuser mehr kaufen. Das Parlament in Wellington verabschiedete eine entsprechende Gesetzesinitiative von Premierministerin Jacinda Ardern. Ziel ist es, Einheimischen den Kauf von Wohneigentum leichter zu machen. Die Regierung aus Sozialdemokraten, Grünen und der Populistenpartei *New Zealand First* begründete das Gesetz damit, dass Neuseeländer auf dem Immobilienmarkt „von wohlhabenderen Ausländern nicht überboten“ werden dürften.

Die Regelung betrifft allerdings nur bestehende Häuser. Der Kauf von Land und der Bau von neuen Häusern ist Ausländern weiterhin erlaubt. Für australische Staatsbürger und Bürger von Singapur gibt es aufgrund bestehender Freihandelsabkommen Ausnahmen.

*Info:* In dem Pazifikstaat mit seinen rund 4,7 Millionen Einwohnern sind die Immobilienpreise im letzten Jahrzehnt um 50 % gestiegen. Für viele Familien mit kleinem Einkommen ist eine Wohnung auf dem freien Markt in Neuseeland unbezahlbar. So werden Obdach-



losenheime oder Garagen ihr Zufluchtsort.

Nur jeder vierte Erwachsene in Neuseeland besitzt das Haus, in dem er wohnt. 1991 waren es noch 50 Prozent.

Im letzten Quartal wurden in der beliebten Gegend *Queenstown Lakes District* 10 % und in Auckland 20 % aller Immobilien von Ausländern gekauft, im ganzen Land waren es 3,2 %. In den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche ausländische Prominente wie Tesla-Chef Elon Musk, PayPal-Mitbegründer Peter Thiel oder der Internet-Unternehmer Kim Dotcom in Neuseeland niedergelassen. Immer mehr Superreiche sehen in dem geografisch isolierten Inselstaat ein ideales Rückzugsgebiet im Fall einer globalen Krise. (FAZ 15.08.18, <https://www.tagesschau.de/ausland/neuseeland-immobilien-101.html>)

### Restaurant bietet kostenlose Sprachkurse an

Das auf Meeresfrüchte spezialisierte Restaurant „Fush“ in Christchurch hat überrascht auf den überwältigenden Andrang zum erstmals organisierten „Fish and Chips and Te Reo Maori“-Abend reagiert. Ursprünglich wollte das Familienunternehmen bei einem gemütlichen Fish and Chips-Abend in seinen Räumlichkeiten zusätzlich einen kostenlosen Sprachkurs in *Te Reo Maori*, dem neuseeländischen Maori, anbieten. Nachdem sich knapp 600 Gäste (statt der erwarteten rund ein Dutzend) angemeldet hatten, musste das Restaurant auf eine nahe gelegene Versammlungshalle ausweichen.

*Info:* Das Restaurant „Fush“ wurde als Familienunternehmen im Jahr 2016 eröffnet mit dem Ziel, die perfekten „Fish and Chips“ anzubieten. Genauso wichtig wie die Zubereitung des neuseeländischen Nationalessens ist den Betreibern aber die Gastfreundschaft der Maori, die „manaakitanga“. So wird jeder Gast persönlich begrüßt. Die Speisekarte ist zweisprachig und auf den Tischen ste-

hen Aufsteller mit den wichtigsten Maori-Wörtern.

Das Maori erlebt derzeit eine Renaissance. Im ganzen Land werden Sprachkurse angeboten. 2017 wurde der erfolgreiche Disney-Film „Moana“ (Deutsch: Vaiana) in das *Te Reo Maori* synchronisiert. Jährlich findet im September in ganz Neuseeland die „*Maori Language Week*“ mit zahlreichen Aktionen auch für Nicht-Maori-Sprecher statt. (360 Grad Neuseeland Newsletter 27.06.18, <https://www.eatatfush.com/>, <https://www.facebook.com/fushshorebro/>)

### Erfolgreiches Experiment

Eine neuseeländische Firma hat die Vier-Tage-Woche mit Erfolg getestet. „*Perpetual Guardian*“, eine Firma, die auf Vermögens- und Nachlassverwaltung spezialisiert ist, hat die Arbeitszeit ihrer 240 Angestellten versuchsweise auf eine 32-Stunden-Woche an vier Tagen reduziert. Zwei Monate lang arbeiteten die Angestellten jeweils von Montag bis Donnerstag, bezahlt wurden sie aber für fünf Arbeitstage.

Die Idee zu dem Experiment hatte Firmengründer Andrew Barnes, der seinen Mitarbeitern eine bessere Work-Life-Balance bieten wollte.

Wissenschaftlich begleitet wurde das Experiment von Jarrod Haar, Professor für Personalmanagement an der *Auckland University of Technology*, und von Helen Delaney, Dozentin an der *Business School* der Auckland University.

Die beiden Forscher sammelten während und nach der Testphase qualitative und quantitative Daten. Sie fanden heraus, dass die Arbeitsplatz- und Lebenszufriedenheit der Angestellten im Büro und zu Hause deutlich zunahm. 78 % der Mitarbeiter gaben an, ihre Work-Life-Balance besser bewältigen zu können, das waren 24 % mehr als vor dem Experiment. Das Stressniveau der Mitarbeiter sank um 7 %.

Besonders kritisch betrachteten die Wissenschaftler die Produktivi-

tät der Angestellten. Diese sank nicht etwa, sondern wurde sogar noch etwas gesteigert. Die Arbeitsleistung habe nicht abgenommen, entdeckten die Forscher. Dafür verantwortlich machten sie die geänderte Arbeitsweise der Angestellten. So entwickelten diese Innovationen, wie sie in kürzerer Zeit effizienter arbeiten konnten, u.a. nutzten sie während der Arbeitszeit das Internet nicht mehr zu privaten Zwecken.

Firmenchef Barnes zeigte sich begeistert von dem Experiment und erwägt, die Vier-Tage-Woche ganz offiziell einzuführen. Angestellte hätten dann an einem beliebigen freien Wochentag Zeit für private Termine und könnten sich besser um ihre Kinder kümmern, erklärte der innovative Familienvater. (<https://www.perpetualguardian.co.nz/about/our-company>, <https://www.businessinsider.de/four-day-workweek-new-zealand-company-perpetual-guardian-2018-7?r=US&IR=T>, 360 Grad Neuseeland Newsletter 27.07.18)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### Revision des Blasphemiegesetzes abgeschmettert

**Indonesien:** In Indonesien ist eine juristische Initiative zur Abschaffung des Blasphemiegesetzes am Verfassungsgericht gescheitert. Das Gericht lehnte eine Petition von Anhängern der verfolgten islamischen Glaubensrichtung *Ahmadiyya* ab.

Das Blasphemiegesetz stelle keinen Verstoß gegen die Verfassung dar und sei zudem notwendig zur Vermeidung von "Chaos" in Indonesien, habe es in der einstimmigen Entscheidung der Verfassungsrichter geheißen, wie die indonesische Tageszeitung *Jakarta Post* am 27. Juli berichtete.

Im mehrheitlich sunnitisch-islamischen Indonesien ist auf Grundlage des vage formulierten Blasphemiegesetzes das Recht

auf Religionsfreiheit der islamischen Minderheiten der *Ahmadiyya* und der *Schiiten* sehr eingeschränkt. Anhänger und Moscheen der beiden islamischen Minderheiten sind immer wieder Ziel von Gewaltaktionen sunnitischer Hardliner.

Im vergangenen Jahr nutzten Islamisten das aus der Zeit von Diktator Mohammed Suharto stammende Blasphemiegesetz, um den christlichen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja "Ahok" Purnama, zu Fall zu bringen. Ein Gericht verurteilte Ahok wegen Blasphemie zu zwei Jahren Haft. (Kirchliche Nachrichtenagentur/Domradio 27.07.18)

### Schießereien bei Regionalwahlen fordern sechs Opfer

**Indonesien:** Die Allgemeine Wahlkommission (KPU) hat begonnen, die Kommunalwahlen (PILKADA oder PEMILUKADA) für die Posten der Gouverneure, Landräte und Bürgermeister in Indonesien vorzubereiten. Die Wahlen sollen noch vor Dezember 2018 stattfinden. Die Wahlvorbereitungen in den Hochlandregionen Nduga und Puncak Jaya wurden von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen bewaffneten Gruppen und Sicherheitskräften begleitet, die in den beiden Regierungsbezirken eingesetzt wurden, um den Wahlprozess zu sichern. Im Landkreis von Nduga eröffnete eine unbekannt bewaffnete Gruppe das Feuer auf ein Flugzeug, dabei wurde der Pilot verletzt. Später führten bewaffnete Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Bewohnern zum Tod von drei Menschen. Außerdem wurden der Leiter des Bezirks Torere und zwei Polizeibeamte in der Regentschaft Puncak Jaya getötet, wo sie die Kommunalwahlen für den Distrikt Hulu überwachten.

Am 25. Juni 2018 um 09.45 Uhr eröffnete eine unbekannt bewaffnete Gruppe das Feuer auf ein ziviles Flugzeug des Luftfahrtunternehmens Trigana, als das Flugzeug am Flughafen Kenyam im

Landkreis Nduga landete. Nach Informationen des *Menschenrechtsnetzwerkes für Strafverfolgung und Menschenrechte des Papuanischen Zentralen Hochlandes* (JAPH-HAM) brachte die Twin Otter Sicherheitskräfte nach Nduga, wo sie zur Sicherung für die bevorstehenden Kommunalwahlen eingesetzt werden sollten. Der Pilot, Ahmad Khamil (27 Jahre), erlitt eine Kugelverletzung an der linken Schulter und wurde zur medizinischen Behandlung in das örtliche Gesundheitszentrum gebracht.

Zwischen 10.00 und 11.30 Uhr fand ein Schusswechsel zwischen ungefähr 70 Mitgliedern der Sicherheitskräfte und den mutmaßlichen Tätern im Komplex Koteka in der Nähe des Flughafens statt. Der bewaffnete Konflikt führte zum Tod von Henrik Sattu Kola (35 Jahre), seiner Frau Margaretha Pali (20) und Zaenal Abidin (28). Alle Opfer stammen ursprünglich von der indonesischen Insel Sulawesi und haben in Nduga Kleinunternehmen gegründet.

Trotz der hohen Anzahl an Sicherheitspersonal und militärischer Ausrüstung gelang es den Sicherheitskräften nicht, die Täter zu verhaften. Menschenrechtsverteidiger gehen davon aus, dass die Polizei und das Militär im Nduga Regency mehr Sicherheitsoperationen durchführen werden, um die Täter aufzuspüren. In der Vergangenheit haben solche Operationen auch Zivilisten betroffen und zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geführt. Sicherheitskräfte und Einwohner in Nduga sind weiterhin sehr wachsam und es bleibt unklar, wann die Kommunalwahlen in Nduga stattfinden werden.

Laut *Radio New Zealand International* hat eine Fraktion der *West Papua National Liberation Army* (TPN) die Verantwortung für die Schießerei übernommen. Ein TPN-Sprecher erklärte, dass eines der männlichen Opfer eine Waffe gezogen und versucht habe, den TPN-Kämpfer zu erschießen, während zwei andere versucht hätten, ihn festzuhalten. Er behauptete, dass der Mord in einem Akt der Selbstverteidigung geschah.

Ein zweiter Angriff auf Polizisten ereignete sich am 26. Juni 2018 im Torere-Distrikt des Landkreises Puncak Jaya. Gegen 11.30 Uhr fuhr eine Gruppe von Dorfbewohnern von Torere mit zwei Schnellbooten zu einem Wahllokal in der Nähe der Grenze zum Landkreis Mamberamo Raya, wo sie an den Kommunalwahlen teilnehmen wollten. Gegen 16.00 Uhr wurde eines der Schnellboote angegriffen, als die Gruppe auf dem Rückweg nach Torere war. Die Täter gaben mehrere Schüsse aus einem Versteck in der Nähe des Flussufers ab und griffen das Boot mit dem Leiter des Bezirks Torere, Obaja Froaro, und neun Polizisten an.

Obaja Froaro und zwei Polizisten der Polizei des Bezirks Puncak Jaya, namens Jesayas H Nusi und Sinton Kabarek, starben während des Angriffs. Der Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Regionalpolizei Papuas, Ahmad Mustafa Kamal, sagte in einer Erklärung, dass die Polizeibeamten zwei Schusswaffen verloren hätten, die sich in den Händen der Täter befinden könnten. (Westpapua Netzwerk online 27.07.18, Kürzungen durch Julia Ratzmann)

### Amnesty legt Bericht zur Straflosigkeit vor

**Westpapua:** Die internationale Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* (AI) hat Anfang Juli einen 66-seitigen englischsprachigen Bericht mit dem Titel „*Don't bother, just let him die*“-*Killing with impunity in Papua*“ herausgegeben. In dem Bericht werden 69 Fälle außergerichtlicher Tötungen durch indonesische Sicherheitskräfte in den Jahren von Januar 2010 bis Februar 2018 vorgestellt und analysiert. 41 Opfer starben dabei nicht im Kontext von Unabhängigkeitsbestrebungen oder in Ausübung von Gewalt, sondern im Rahmen friedlicher Proteste, die brutal von Militärs unterbunden wurden. In 28 Fällen handelte es sich um Menschen, die an politischen Demonstrationen, Jahrestagen oder illegalen Flaggen-Hissungen teilgenommen hatten. Keiner der 69 Fälle wurde polizeilich aufgenommen. Die Tä-

ter wurden teilweise weder öffentlich benannt noch strafrechtlich belangt oder verfolgt.

*Hintergrund:* In den zwei Jahrzehnten seit Beginn der *Reformasi* von 1998 hat sich die Regierung Indonesiens verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte zu beenden. *Amnesty International* hat jedoch weiterhin Hinweise zu Fällen mutmaßlicher Tötungen durch Sicherheitskräfte in den Provinzen Papua und Westpapua erhalten. Diese Tötungen treten hauptsächlich im Zusammenhang mit unnötiger oder exzessiver Gewaltanwendung bei Massenprotesten, bei Strafverfolgungsmaßnahmen oder aufgrund von Fehlverhalten einzelner Beamter auf. In diesem Bericht hebt *Amnesty International* hervor, dass die Ermittlungen zu Fällen rechtswidriger Tötungen selten sind und dass noch seltener jemand zur Rechenschaft gezogen wird.

Hier kann der Bericht von AI kostenlos heruntergeladen werden: [https://www.amnesty.org/download/Documents/ASA2181982018\\_ENGLISH.PDF](https://www.amnesty.org/download/Documents/ASA2181982018_ENGLISH.PDF)

(Bericht von Amnesty International Juli 2018, Westpapua-Netzwerk online 04.07.18)



**"DON'T BOTHER,  
JUST LET HIM DIE"**

KILLING WITH IMPUNITY IN PAPUA



## AUSTRALIEN

### Neuer Premierminister

Der australische Premierminister Malcolm Turnbull ist am 24. August im Zuge eines Machtkampfes innerhalb seiner Partei zurückgetreten. Der 63-Jährige legte den Vorsitz der Liberalen (*Liberal Party*) nieder und gab auch das Amt des Regierungschefs auf. Turnbull kündigte zudem an, seinen Parlamentssitz aufgeben zu wollen. Damit hat seit 2007 kein australischer Premierminister mehr eine volle Amtszeit überstanden.

Turnbull hatte Australien seit September 2015 regiert. Angesichts schlechter Umfragewerte und einer verlorenen Nachwahl büßte er immer mehr an Rückhalt in seiner Partei ein. Den entscheidenden Schlag versetzten ihm im August drei prominente Minister, die gemeinsam ihren Abschied aus dem Kabinett bekanntgaben.

In einer Kampfabstimmung gewann der bisherige Parteischatzmeister Scott Morrison. Der Sozialkonservative setzte sich in einem parteiinternen Votum gegen den favorisierten Ex-Innenminister Peter Dutton mit 45 zu 40 Stimmen durch, wie Parteigeneralsekretärin Nola Marino sagte. Der 50 Jahre alte gläubige Christ Scott Morrison wird nach seiner Vereidigung der 30. Premierminister Australiens. Zum Vize-Premier ernannte er Josh Frydenberg, den Minister für Energie unter der Regierung Turnbull.

Neben den beiden männlichen Kandidaten war auch die bisherige Außenministerin Julie Bishop angetreten. Ihre Kandidatur war aber in der ersten Runde eliminiert worden.

Morrison wird dem gemäßigten Flügel der Partei zugeordnet. Dutton wäre der Mann des konservativen Flügels gewesen und gilt als Gesicht von Australiens harter Linie gegenüber Flüchtlingen.

Die konservativen Liberalen regieren zusammen mit der Nationalen

Partei. Das Bündnis hat im Parlament nur eine Stimme Mehrheit. (Tagesschau 24.08.18, FAZ 24.08.18, Analyse der New York Times 25.08.18)

### Menschenrechtaktivisten setzen sich für Kinder ein

Ein breites Bündnis von australischen Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen hat die Regierung aufgefordert, die 117 auf der Insel Nauru inhaftierten Kinder von Asylbewerbern nach Australien zu verlegen. Die Gruppe #KidsOffNauru war aktiv geworden, nachdem ein 12-jähriger Junge im Flüchtlingscamp in den Hungerstreik getreten war und zu sterben drohte.

Heimlich mit dem Handy aufgenommene Filmaufnahmen aus dem Lager zeigen die katastrophalen Zustände für Kinder. Diese müssen auf dem mit Kieselsteinen bedeckten Boden des Lagers sitzen, es gibt weder Spielzeug noch Schulunterricht oder eine andere Form der Beschäftigung in der trostlosen Zelt- und Containerstadt auf der kargen Phosphatinsel. Die Kinder sitzen zum Teil unter der prallen Sonne. Auf der Internetseite der Gruppe heißt es dazu wörtlich: „*Children in detention on Nauru have recently witnessed lipstitching, self-immolation and other suicide attempts. There are limited safe or pleasant places to play because of unshaded, hot phosphate rock and the fear of wild dogs on the island.*“ Einige der Kinder warten mit ihren Eltern bereits seit fünf Jahren auf eine Entscheidung über ihren Flüchtlingsstatus.

*Info:* In der Koalition #KidsOffNauru haben sich 30 Organisationen zusammengeschlossen, darunter auch international tätige Hilfsorganisationen wie *World Vision* und *Oxfam*. Sie sammeln Unterschriften an die Regierung und wollen erreichen, dass die Kinder nach Australien geholt werden. Hier kann man die Petition unterzeichnen:

<https://www.kidsoffnauru.com/#join-our-call-home>

(<https://www.kidsoffnauru.com/>, BBC News 20.08.18, SBS 20.08.18)



## Uran-verseuchtes Trinkwasser

Das Trinkwasser von drei Gemeinden im Northern Territory weist zu hohe Uran-Werte auf. Das hat ein Journalistenteam der *Australian Broadcasting Corporation* (ABC) herausgefunden. Demnach trinken die Bewohner von Laramba, Wilora und Willowra seit mehr als zehn Jahren Wasser mit zu hoher Uran-Belastung. Der oberste Wert für Uran im Trinkwasser wurde von der australischen Gesundheitsbehörde auf 0,017 mg pro Liter festgelegt. Der Jahresbericht des australischen Energieversorgers „*Power and Waters*“ hat jedoch schon für die Jahre 2015 und 2016 höhere Werte festgestellt. So beträgt der Uranwert in Laramba 0,04064 mg/Liter. Auch die Werte in Willowra und Wilora liegen über dem zulässigen Wert.

John Paterson, Geschäftsführer der *Aboriginal Medical Services Alliance* im Northern Territory, erklärte, diese hohen Werte gefährdeten die Gesundheit der Menschen. Man müsse schnellstmöglich Lösungen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität finden.

Die Uranbelastung des Trinkwassers in den drei Gemeinden war eher zufällig ans Licht gekommen, als sich ein Journalistenteam damit beschäftigte. Der Energiezulieferer „*Power and Water Corporation*“ hatte die Daten nicht weiter kommentiert. Paterson vermutet dahinter das bewusste Verschweigen der Daten. „*Für diese abgelegenen Aborigine-Gemeinden mitten im Nirgendwo interessiert sich doch sowieso niemand*“, so Pater-

son enttäuscht.

Die entsprechenden Gemeinden liegen 225 Kilometer nordöstlich von Alice Springs im Herzen des roten Kontinents.

*Info:* Uran ist ein radioaktives und toxisches Schwermetall. Doch nicht aufgrund seiner – ohnehin relativ geringen – Strahlung ist es für den Menschen gefährlich, sondern aufgrund seiner chemischen Giftigkeit: In einer hohen Dosis über einen längeren Zeitraum aufgenommen, kann es dauerhaft Blut, Knochen und Nieren schädigen. Die Niere reagiert auf Uran am empfindlichsten. Folgen einer zu hohen Uranbelastung im Wasser können Funktionsstörungen und Nierenkrebs sein. Der Uranwert von Wasser kann mit verschiedenen Mitteln verringert werden. Um das toxische Schwermetall aus dem Trinkwasser zu ziehen, setzen manche Wasserwerke sogenannte chemische Filter bzw. Ionenaustauscher ein. (<http://www.abc.net.au/news/2018-06-20/high-uranium-detected-in-central-australian-bore-water/9891522>, *The Guardian* 20.06.18, <https://www.foodwatch.org/de/informieren/uran-im-wasser/mehr-zum-thema/fragen-antworten/>)

## Känguru-Invasion in der Hauptstadt

Nachdem sich immer mehr wilde Kängurus in Australiens Hauptstadt Canberra niederlassen und öffentliche Räume besetzen, denkt die Stadt über den Abschuss der Eindringlinge nach.

Kängurus gehören in Canberra zum Alltagsbild, eine Invasion der Beuteltiere wie in diesem Jahr ist allerdings selten. Der Direktor der Behörde für Nationalparks und Naturschutz, Daniel Iglesias, macht das diesjährige Wetter für die Känguru-Offensive verantwortlich. Die langanhaltende Dürre, gepaart mit niedrigen Temperaturen im derzeit herrschenden Winter auf der Südhalbkugel, habe noch mehr Kängurus als üblich aus dem Hinterland ins Zentrum der Stadt gelockt, so Iglesias. Die Tiere kämen auf der Suche nach frischem Gras in Vorgärten und fielen in

Gruppen in öffentlichen Parks und auf Fußballplätzen ein.

Australische Medien berichten von Fußballspielen, die wegen der Kängurus unterbrochen werden mussten. Da die Tiere meist in Gruppen auftreten, stellen sie auch eine Gefahr für Autofahrer da, wenn sie stark befahrene Straßen in der Hauptstadt überqueren. Fühlen sich die bis zu 40 Kilogramm schweren und manns-hohen Tiere bedroht, können sie aggressiv werden und mit ihren Hinterbeinen austreten.

Die Stadt diskutiert noch, ob Tiere gezielt abgeschossen werden sollen. Dies war bereits im Jahr 2008 geschehen, als 400 Tiere auf einem stillgelegten Militärgelände in Canberra getötet worden waren.

Als erste Maßnahme zum Bürgerschutz hat die Stadt eine Broschüre mit Verhaltenshinweisen an alle Haushalte verteilt. Darin steht z.B., dass man immer einen Beifahrer im Auto mitnehmen soll, der während der Fahrt nach den Tieren Ausschuss halten soll. (*persönliches Gespräch mit Thomas Hofmann, Australien 01.08.18, Redaktionsnetzwerk Deutschland 30.07.18*)

## Supermarkt kann Plastiktüten-Verbot nicht einhalten

Seit 1. Juli ist es in ganz Australien bis auf den Bundesstaat *New South Wales* untersagt, dünne Einwegplastiktüten mit einer Dicke von weniger als 0,035 Millimetern anzubieten. Händler, die sich nicht daran halten, müssen mit Strafen von bis zu 6.000 australischen Dollar (ca. 3.800 Euro) rechnen.

Die Abschaffung der Einwegtüten und die Einführung kostenpflichtiger Mehrwegtüten hat jedoch zu Ausschreitungen geführt. Kunden randalierten in Supermärkten, warfen die gekaufte Ware wutentbrannt auf den Boden, beleidigten das Personal und wurden gegenüber den Kassenkräften sogar handgreiflich.

Der Chef der Gewerkschaft der Groß- und Einzelhandelsangestell-

ten, Gerard Dwyer, berichtete, manche Kunden hätten aus Protest gegen die Abschaffung der kostenlosen Plastiktüten dreckige Tüten von zu Hause mitgebracht. „Kunden wollten ihre Einkäufe in Tüten mit Erbrochenem, mit benutzten Windeln oder Rattenkot stecken.“ Das sei, so Dwyer, nicht hinnehmbar - auch, weil es ein ernstes Gesundheitsrisiko für das Personal darstelle. In den sozialen Medien entlud sich ein Shitstorm über den Supermärkten. Der Tenor der erbosten Kunden: Man habe nun keine kostenlosen Plastiktüten mehr, um verschmutzte Windeln oder Katzenstreu in der Mülltonne zu entsorgen.

Die australische Supermarktkette *Coles* ist beim Kampf gegen Plastiktüten nun nach knapp vier Wochen langen Protesten eingeknickt. Der zweitgrößte Einzelhändler Australiens kündigte an, nach Kundenbeschwerden Plastiktüten in seinen Märkten bis auf weiteres wieder kostenfrei anzubieten. *Coles* wollte ursprünglich ab 1. Juli keine Einwegplastiktüten mehr ausgeben, stattdessen bot das Unternehmen zunächst Mehrwegtüten zum Preis von 15 australischen Cent (ca. 9 Eurocents) an. Die Kunden jedoch „benötigten mehr Zeit, um sich auf die Mehrweg-Tüten umzustellen“, hieß es diplomatisch in einer Mitteilung des Konzerns. Daher werde es diese bis auf weiteres gratis geben.

Der Wettbewerber und Marktführer *Woolworths* hatte am 1. Juli begonnen, nur noch wiederverwendbare Tüten gegen Entgelt auszugeben. Aber auch hier war es zu lautstarken Protesten von Supermarktkunden gekommen. Trotzdem gab die Supermarktkette jetzt bekannt, bei dem Einwegplastiktütenverbot bleiben zu wollen.

*Info:* Laut der Umweltschutzorganisation *Clean Up Australia* landen jedes Jahr fünf Milliarden Plastiktüten bei Konsumenten.

*(Utopia 03.08.18, Manager Magazin 01.08.18, Deutsche Welle online 02.08.18, persönliche Mitteilung Thomas Hofmann, Australien)*

## SPORT

### Ruder-Gold für Vanuatu

**Großbritannien:** Bei den *Commonwealth Beach Sprints Championships* vom 17. bis zum 18. August in Sandbanks Beach, Poole (England) hat Rillio Rio Rii aus Vanuatu eine Goldmedaille im Einer-Rudern gewonnen. Damit hat erstmals ein Sportler der *Vanuatu Rowing Association* bei einem internationalen Wettkampf den ersten Preis errungen.

Das Besondere an diesem Wettbewerb: Die Ruderer müssen vom Strand aus ca. 50 Meter über den Sand zu ihrem Ruderboot sprinten, dann einen 250 Meter langen Slalom-Kurs auf offener See bewältigen, anschließend wieder anlegen und über den Strand zurück ins Ziel sprinten. (*Vanuatu Independent 19.08.18, <https://www.britishrowing.org/gb-rowing-team/rowing-for-gb/england-talent-pathway/commonwealth-beach-sprints/>*)

### PNG-RFU begrüßt Rugby-Spieler nach World Cup

**Papua-Neuguinea:** Ein Mitglied des Aufsichtsrates der neuguineischen *Rugby Football Union* (PNG-RFU), Michael Uiari, hat die nationalen Männer- und Frauenmannschaften für ihre Leistungen bei den *World Cup Sevens* (Weltmeisterschaft im Rugby 7) in San Francisco (USA) vom 20. bis zum 22. Juli 2018 gelobt.

Die Männermannschaft (Spitzname „Pukpuks“) wurde 21. von 24 Ländern, während die Frauenmannschaft (Spitzname „Palais“) den 15. Platz von 16 Nationen belegte.

Uiari erklärte nach der Rückkehr der beiden Mannschaften nach Port Moresby, dass die Erwartungen nicht hoch gewesen seien und das Ziel der Teilnahme an der Weltmeisterschaft darin bestanden habe, den aktuellen sportlichen Status beider Teams kennenzulernen und zu bewerten.

„Wir sind mit der bisherigen Leistung der Teams zufrieden und

werden sie nutzen, um unsere Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 2020 in Tokyo zu verbessern“, sagte Uiari.

„Wir haben noch die Ozeanien 7-Meisterschaft im Oktober dieses Jahres und dann die Hongkong 7-Meisterschaft im nächsten Jahr zu spielen. Diese Spiele werden wir ebenfalls zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele nutzen“, erklärte Uiari weiter. (*Artikel von FSJ'ler Marius Reindl. The National 26.07.18, <https://www.rwcsevens.com/>*)

### Morobe-Gouverneur zufrieden mit Spielstätte

**Papua-Neuguinea:** Die erfolgreiche Durchführung des *Queensland Cup* Rugby-Matches in Lae Ende Juli ist ein Zeichen des Vertrauens in Lae als eine der führenden Städte in Papua-Neuguinea, erklärte Morobe-Gouverneur Ginson Saonu.

Saonu, der eigentlich bekennender Fußballfan ist, nahm sich die Zeit, dem Spiel der Mannschaften PNG-Hunters und Norths Devils beim *Lae Rugby League Grounds* zuzuschauen. Nach dem Spiel äußerte er sich begeistert zur Atmosphäre im Rasenrund und zum einwandfreien Benehmen der zahlreichen Zuschauer.

Saonu war nicht der einzige Zuschauer aus der Politik bei dem Rugby-Match. Er wurde begleitet von Enga-Gouverneur Peter Ipatas, Kagua-Erave MP Wesley Raminai und Wabag MP Dr. Lino Tom „Ich bin froh, dass das Spiel hier ausgetragen wurde“, sagte Saonu. „Es ist ein Zeichen des Vertrauens in unsere Stadt und in unsere Provinz“, betonte er. „Es zeigt, dass wir hochkarätige Veranstaltungen ausrichten können.“

Gouverneur Saonu bekräftigte, er wolle sich persönlich bei Premierminister Peter O'Neill dafür einsetzen, mehr hochkarätige Sportveranstaltungen in Lae auszutragen. Er könne sich vorstellen, dass nicht nur Spiele der Rugby-League in Lae stattfinden, sondern auch andere sportliche Wettbewerbe. Er werde sich mit O'Neill beraten, wie die Sportstätten in Lae so ausgebaut werden könnten, dass sie in-



ternationalen sportlichen Standards entsprechen, erklärte der Gouverneur. (Artikel von Marius Reindl. *The National* 26.06.18)

## Doppelhochzeit fidschian. Rugby-Spieler

**Fidschi:** Die fidschianischen Rugby-Spieler Josua Tuisova und dessen Bruder Filipe Naksi haben Ende Mai in der methodistischen Kirche Kecisemani im Dorf Votia (Provinz Ba auf der Insel Viti Levu) eine Doppelhochzeit gefeiert. Der 26-jährige Naksoi ehelichte Vika Vakarau Rokotakala. Sein zwei Jahre jüngerer Bruder Josua Tuisova Ratulevu heiratete Tarusila Ravouvou, Mutter seines erst wenige Monate alten Sohnes.

Die Brüder spielen in Frankreich in der höchsten Spielklasse Top 14 professionell Rugby. Nakosi spielt bei *SU Agen*, sein Bruder bei *RC Toulon*.

Beide spielten auch im Team der fidschianischen Rugby 7-Nationalmannschaft bei der *Rugby World Cup Sevens-Weltmeisterschaft* vom 22. bis zum 22. Juli in San Francisco (USA).

Tuisova (Spitzname „The Bus“) war auch Teil des Teams, das bei den Olympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro (Brasilien) die Weltmeisterschaft im Rugby Sevens holte.

(<http://fijisun.com.fj/2018/06/30/proud-moment-for-dad-ratulevu/>,  
<http://fijisun.com.fj/2018/06/30/brothers-special-day/>)

## Asienspiele

**Indonesien:** Vom 18. August bis zum 2. September finden in den indonesischen Städten Jakarta und Palembang die Asienspiele statt (Asian Games). Die Asienspiele sind sportliche Wettkämpfe asiatischer Staaten mit Olympia-Charakter. Das Motto der diesjährigen Spiele lautet „*Energy of Asia*“.

Zum zweiten Mal nach 1962 finden die alle vier Jahre ausgetragenen Wettkämpfe in Indonesien

statt. Es werden rund 11.000 Athleten aus 45 Ländern um 463 Goldmedaillen in 40 verschiedenen Sportarten und 67 Disziplinen kämpfen. Erwartet werden 150.000 Zuschauer, dazu noch rund 5.000 sportliche Funktionäre.

Während der Asienspiele werden mehr als 40.000 Polizisten und Soldaten im Einsatz sein, um die Spiele zu sichern. Der Chef der indonesischen Behörde zur Terrorismusbekämpfung, General Suhardi Alius, gab das Motto für die Sicherheitskräfte bekannt: „*Zero attack and zero accident*“.

Nach Angaben von Menschenrechtsbeobachtern hat die indonesische Polizei in einer monatelangen Kampagne gegen Kleinkriminelle seit Anfang des Jahres 77 Menschen getötet. *Amnesty International* vermutet einen direkten Zusammenhang zwischen der Gewalteskalation und den Asienspielen. Der Jugend- und Sportminister Imam Nahrawi versicherte dementsprechend auch, die Sicherheitsvorkehrungen bei diesem großen Sportevent entsprächen internationalem Standard. Es werde zu keinen kriminellen Vorkommnissen bei diesem Sportgroßereignis kommen. (*Deutsche Welle online* 07.08.18, *Spiegel online* 17.08.18, <https://en.asiangames2018.id/>, *Wikipedia*)

„**TOK BILONG PASIFIK**“

## Comeback des Hawai'i-Hemdes

Die 1980er Jahren liegen derzeit auch in der Mode voll im Trend. Nach 30 Jahren Abstinenz feiert das traditionelle Hawai'i-Hemd in der internationalen Modewelt sein Comeback. Die quietschbunten Hemden, die es inzwischen auch für Frauen gibt, sind mit Palmen, Blumen, Surfern in der Brandung oder kitschigen Sonnenuntergängen bedruckt.

Verschiedene hawai'ianische Designer haben das Hawai'i-Hemd wiederentdeckt. So schneidert der in Hilo auf Hawai'i lebende Desig-

ner Sig Lane aus traditionellen Stoffen nicht nur Hemden, sondern auch Frauenkleider. Die Modeschöpferin Lea Redmond funktioniert die klassischen schwarz-roten Karo-Hemden der ehemaligen Plantagenarbeiter unter dem Label „Gordon“ um. Auf internationaler Bühne haben das Modelabel Prada sowie die französische Firma Yves Saint Laurent das Hawai'i-Hemd wieder populär gemacht. Auch die Ketten im unteren Preissegment wie etwa Zara oder Hennes & Mauritz bieten Hawai'i-Hemden an.

*Info:* Wer das Hawai'i-Hemd erfunden hat, ist bis heute nicht ganz klar. Anfang der 1930er Jahren ließen sich junge Surfer am Strand von Waikiki ihre Hemden im chinesischen Stadtviertel Chinatown schneiden. Da dort nur Yukata-Stoffe vorrätig waren, die eigentlich für japanische Kimonos verwendet werden, wurden daraus Kurzarm-Hemden genäht. 1936 ließ sich der Schneider Ellery J. Chun in Honolulu das Warenzeichen „Aloha Shirt“ schützen. Seine Schwester Ethel Lum malte auf die bunten Hemden dann Motive wie die „fliegenden Fische“.

Der gerade Schnitt des Hemdes geht auf Arbeitskittel der polynesischen Bevölkerung zurück, die von christlichen Missionaren im 19. Jahrhundert als „sittsame“ Bekleidung eingeführt worden waren. Während des Zweiten Weltkrieges auf Hawai'i stationierte US-Soldaten und der ab 1950er zunehmende Tourismus machten das Hawai'i-Hemd populär.

Das traditionelle Hawai'i-Hemd weist einige Besonderheiten auf: Typisch sind Knöpfe aus Kokosnussschalen und ein gerader Saum, weshalb das Hemd über der Hose getragen wird, sowie ein Muster, das inklusive der Brusttasche übergangslos weitergeführt wird. (*Focus online* 01.06.18, *Rhein-Neckar-Zeitung* 28.07.18, <https://www.instyle.de/fashion/Hawai'ihemden-comeback>)

## Georg-Forster-Jahr in Wörlitz

Zum Auftakt des Georg-Forster-Jahres in Wörlitz (Sachsen-Anhalt) hat am 6. Mai die Ausstellung „Forster in Wörlitz: Südsee-Romantik-Welterkundung-Aufklärung“ im Mezzanin des Wörlitzer Schlosses eröffnet. Es handelt sich um die erste Dauerausstellung der Bundesrepublik Deutschland über Georg Forster (1754-1794).

Der aus Danzig stammende Forster war zeitlebens ein Pionier. Bereits im Alter von zehn Jahren startete er mit seinem Vater, dem Naturforscher und Pastor Reinhold Forster, im Auftrag der russischen Zarin zu seiner ersten Wolga-Expedition. Mit 17 Jahren begleitete Georg Forster den britischen Seefahrer James Cook auf dessen zweiter dreijähriger Reise um die Welt (1772-1775) und erkundete als Naturwissenschaftler und Zeichner an der Seite seines Vaters die pazifischen Inseln Tahiti, Tonga und Neuseeland. Die von den Reisen mitgebrachten Objekte kamen per Zufall ins Wörlitzer Schloss: 1775 besuchten Fürst Franz von Anhalt-Dessau und seine Frau die beiden Forsters in London. Die Forsters waren gerade erst aus dem Pazifik zurückgekommen und überreichten dem Fürstenpaar drei Dutzend „Südsee-Curiositäten“ als Geschenk, darunter auch den Brustpanzer eines tahitischen Kriegers.

Vier Jahre später besuchte Georg Forster das Schloss in Wörlitz und baute für seine Gastgeber mit den Objekten aus dem Pazifik ein Südsee-Panorama nach. Fürst Franz war so begeistert, dass er seinen Hofarchitekten beauftragte, einen Südsee-Pavillon für die Forster-Sammlung zu errichten. Der Pavillon erinnert in seiner Bauweise an einen zeremoniellen Kultplatz in Polynesien (marae).

Nachdem die Forster-Sammlung in den letzten 30 Jahren nicht zugänglich war und die Objekte in Magazinen lagerten, ist die Sammlung mit dem Auftakt des Georg-Forster-Jahres nun wieder öffent-

lich zugänglich und soll nach und nach erweitert werden.

*Info:* Johann Georg Adam Forster war ein deutscher Naturforscher, Ethnologe, Reiseschriftsteller und Revolutionär in der Zeit der Aufklärung. Er gilt als einer der ersten Vertreter der wissenschaftlichen Reiseliteratur und trat auch als Übersetzer, Journalist und Essayist hervor. An Hochschulen in Kassel und Wilna lehrte er Naturgeschichte. Als deutscher Jakobiner und Mitglied des Mainzer Jakobinerklubs gehörte er zu den Protagonisten der kurzlebigen Mainzer Republik.

(<http://www.gartenreich.com/de/besuchen/ausstellungen/Forster/georgforsterstartseite.htm>, *Wikipedia*)

## Feuerwerker aus Hawai'i

Bei der 16. Auflage des Festivals „Flammende Sterne“ im Scharnhäuser Park der Stadt Ostfildern treten in diesem Jahr erstmals Feuerwerker aus der Ukraine, Hawai'i und Südkorea gegeneinander an. Vom 24. bis 26. August gibt es an drei Abenden perfekt choreografierte Shows, bei denen die Pyrotechniker versuchen, die Feuerwerkskörper im Takt der Musik am Himmel tanzen zu lassen.

Mit rund 50.000 Besuchern aus ganz Europa zählt der Wettbewerb nach mittlerweile 15 Jahren zu den renommiertesten Musikfeuerwerk-Festivals dieser Art. Bereits vor den Musikfeuerwerken durch professionelle Pyrotechniker am Abend gibt es in Ostfildern ein buntes Programm mit Live-Musik, Feuerartisten, einer Heißluftballon-Parade sowie einem Kinderprogramm. Veranstalter Jürgen Wünsche hofft auf gutes Wetter und klare Sicht bei den drei Feuerwerken auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau in Ostfildern. (<http://www.flammende-sterne.de/>, *Eßlinger Zeitung* 24.07.18)

## Melbourne auf Platz 2 der lebenswertesten Städte

Sechs Jahre lang lag die australische Stadt Melbourne auf Platz 1 im Ranking der lebenswertesten Städte der Welt. Nun hat die österreichische Hauptstadt Wien die Hauptstadt des Bundesstaates Victoria auf Platz 1 im Ranking der *Economist Intelligence Unit* abgelöst.

Melbourne erhielt ein schwächeres Ranking in der Kategorie „Stabilität“, dagegen liegen die Australier leicht vorn in puncto „Kultur und Umgebung“. Auf Platz drei kam die japanische Stadt Osaka. Sydney erreichte Platz 5, auf Platz 10 kam die südaustralische Stadt Adelaide.

In den Top Ten der lebenswertesten Städte weltweit ist keine Stadt aus Deutschland vertreten.

*Info:* Die *Economist Intelligence Unit* ist ein britisches Unternehmen innerhalb der Economist Group, das Prognosen und Beratungsleistungen durch Recherchen und Analysen bereitstellt. Jährlich ermittelt das Unternehmen den „Global Liveability Index“.

([https://www.eiu.com/public/topical\\_report.aspx?campaignid=Liveability2018](https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=Liveability2018), *Australien Newsletter* 14.08.18)

## Avocado-Diebstähle in Neuseeland

Die boomende Nachfrage nach Avocados stellt die neuseeländischen Produzenten vor wachsende Probleme. In manchen Baumschulen gibt es bereits Wartelisten für den Kauf eines Avocado-Bäumchens und die Polizei meldet häufige Diebstähle der grünen Superfrucht in der Haupt-Anbauregion „Bay of Plenty“ auf der Nordinsel.

Wegen der mageren Ernte und dem Hunger nach Avocados auch außerhalb der Reifezeit, stiegen die Preise auf fünf NZ-Dollar (ca. 3 Euro) pro Stück an. Vor fünf Jahren kamen jährlich 30.000 neue Bäumchen auf den Markt, in diesem Jahr waren es bereits 200.000, so Jen Scoular vom neu-

seeländischen Avocado-Verband.

*Info:* Für die ursprünglich aus Mexiko stammende Avocado ist das warme Klima auf der Nordinsel gut geeignet. Die Avocado-Industrie des Pazifikstaates macht jährlich Umsätze von etwa 150 Millionen NZ-Dollar (ca. 87 Mio. €), mehr als zwei Drittel davon aus dem Export.

Die Avocado ist eine Pflanzenart aus der Familie der Lorbeergerwächse. Sie galt lange Zeit als Dickmacher, ist sie doch die fettreichste Frucht überhaupt. Doch die Avocado ist nach neuesten Erkenntnissen reich an gesunden einfach ungesättigten Fetten und sie enthält die Vitamine A, D, E und K, Carotinoide, Biotin, Folsäure und Kalzium. Selbst alle lebensnotwendigen Aminosäuren sind in ihr enthalten, weshalb sie von der Nahrungsmittelindustrie als gesundes „Superfood“ vermarktet wird. Kritiker bemängeln die schlechte Öko-Bilanz der Frucht, denn für ihren Anbau wird extrem viel Wasser benötigt und die Transportwege aus den Anbauländern nach Europa sind weit. (Web.de 17.08.18, <https://schrotundkorn.de/ernaehrung/lesen/probierenfrucht-avocado.html>, <https://www.fitbook.de/food/avocado-die-superfrucht-fuer-jeden-tag>)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### Bischof wiedergewählt

Der leitende Bischof der Lutherischen Gutnius-Kirche wurde wiedergewählt, um weitere vier Jahre als Oberhaupt der rund 150.000 Gemeindemitglieder im Land zu dienen.

Bischof David Piso wurde von 465 Delegierten der Kirche aus Port Moresby, sowie aus den Provinzen Central, Jiwaka, Western Highlands, Hela, Southern Highlands und Enga während der 28. nationalen halbjährlichen Synode in der Kirche St. Paul im Wapenamanda Bezirk (Provinz Enga)

wiedergewählt.

Piso, der 1982 zum ersten Mal in das Amt des Bischofs installiert wurde, nachdem er als Kaplan für die PNG Defence Force ausgeschieden war, wird der am längsten amtierende leitende Bischof des Landes werden.

Er sagte, dass der neue Kirchenrat, der ebenfalls während der Synode gewählt wurde, sich auf wichtige Themen konzentrieren werde. Weiter erklärte er, dass der Kirchenvorstand bereit sei, alle Verwaltungsstrukturen der Kirche und ihrer Institutionen zu überprüfen. Piso will einen Arbeitskreis gründen, um die Strukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Finanzen zu modernisieren. Außerdem möchte er die kirchliche Verfassung und den Entwicklungsplan für die nächsten 30 Jahre überprüfen.

*Info:* Die Lutherische Gutnius-Kirche, die früher den Namen *Lutherische Wabag-Kirche* führte, wurde durch die Lutherische Kirche - Missouri Synode 1948 gegründet. Sie arbeitet mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea zusammen, hat jedoch keine Kirchen- und Abendmahlsgemeinschaft erklärt. (Artikel von FSJ'ler Marius Reindl. Quellen: *The National* 04.07.18, Wikipedia)

#### Revival Center eröffnet neue Kirche in Goroka

Die Religionsgemeinschaft „Revival Center“ hat ein neues Gebetshaus am Mambu-Markt außerhalb der Stadt Goroka eröffnet, damit die wachsende Gemeinde einen eigenen Treffpunkt hat.

Das langjährige Kirchenmitglied Bige Kanut hatte die Idee, eine neue Kirche mit nur 700 Kina (ca. 230 Euro) zu bauen.

„Wir sind bisher in die 7-Mile Church gereist, um Gottesdienste zu feiern“, sagte er. „Das ist ziemlich weit von der Stadt entfernt und oft ist es riskant, dorthin zu reisen.“

Kanut erklärte, dass er und weitere Gemeindemitglieder aus der nahegelegenen Kami-Kirche nach Jahren dieser risikoreichen Reisen beschlossen hätten, eine eigene

Kirche am Ort zu bauen.

„Heute haben wir ein neues Gebäude und aller Dank und Lob geht auf Gott zurück“, äußerte er bei der Einweihungszeremonie des Gebäudes.

Der stellvertretende Regionalpastor Ennis Kefu war Hauptzelebrent bei der Eröffnung der Kirche.

„Ihre Zeit und Mühe hier ist keine Verschwendung“, sagte er. „Durch euer Opfer wird das Kirchengebäude dazu dienen, viele Probleme zu lösen, mit denen die Menschen in unserer heutigen Gemeinschaft konfrontiert sind.“

Kefu lobte Kanut, seine Familie und sein Team von Mitstreitern, die sich für den Bau der Kirche eingesetzt hatten und Spenden und Baumaterial gesammelt hatten.

Kanut, seine Familie und seine Kirchenmitglieder feierten die neue Kircheneröffnung mit einem großen Open Air-Picknick. (Artikel von FSJ'ler Marius Reindl. Quelle: *The National* 28.06.18)

### AUS ANDEREN LÄNDERN

#### Neuer Generaloberer der Steyler Missionare

**Rom:** Pater Dr. Paulus Budi Kleiden aus Indonesien ist zum neuen weltweiten Generalsuperior des größten katholischen Missionsordens *Societas Verbi Divini* („Steyler Missionare“) ernannt worden. Am 4. Juli wurde Pater Kleiden vom 18. Generalkapitel der Steyler Missionare in Nemi bei Rom gewählt. Er folgt damit dem deutschen Pater Heinz Kulüke nach, der sich wieder ganz der Seelsorge bei den Ärmsten der Armen widmen möchte.

P. Kleiden war in den vergangenen sechs Jahren bereits als Generalrat eingesetzt. Bevor er 2012 zum Generalrat gewählt wurde und nach Rom übersiedelte, wirkte er elf Jahre lang als Theologie- und Philosophieprofessor und als Studienpräfekt in seiner Heimat Indonesien, im Seminar von Ledalero. Er spricht seine Muttersprache Lamaholot, die Amtssprache Indonesisch, Englisch, Deutsch, Spa-

nisch und Italienisch. Geboren wurde er am 16. November 1965 in Waibalun, Diözese Larantuka, trat 1985 in die Societas Verbi Divini (SVD) als Novize ein und wurde nach seiner Ausbildung in Österreich ab 1988 im Jahr 1993 in St. Gabriel/ Maria Enzersdorf bei Wien zum Priester geweiht. Während seiner Dissertationszeit in Freiburg im Breisgau – er schrieb über die Christologie von Johann Baptist Metz – lebte er bei Franziskanern mit.

*Info:* Die Steyler Missionare, eigentlich *Gesellschaft des Göttlichen Wortes*, sind eine Ordensgemeinschaft päpstlichen Rechts in der römisch-katholischen Kirche. Die Bezeichnung der Gemeinschaft ist vom Gründungsort Steyl abgeleitet, der heute ein Stadtteil von Venlo in den Niederlanden ist. Das Ordenskürzel (das an die Namen der Ordensmitglieder angehängt wird) ist SVD. Der Orden wurde 1875 gegründet.

Zehntausend Steyler Missionare, Missionsschwester und Anbetungsschwester in rund siebzig Ländern der Welt gehören zur Ordensfamilie. Die Steyler Missionare sind mit rund 6.000 Priestern heute der siebtgrößte Männerorden in der katholischen Kirche. Ein Viertel der Mitglieder stammt aus Indonesien. (*Vatican News 10.08.18, [https://www.steyler.eu/global/news/at/provinz/2018/180704\\_Generalsuperior\\_Wahl.php](https://www.steyler.eu/global/news/at/provinz/2018/180704_Generalsuperior_Wahl.php), Wikipedia*)

## Vier Kardinäle leiten Jugendsynode

**Rom:** Papst Franziskus hat vier Kardinäle zu Leitern der Jugendsynode ernannt, die vom 3. bis 28. Oktober 2018 in Rom stattfindet. Dabei handelt es sich um Kardinal Louis Raphaël I Sako (Patriarch der Chaldäisch-Katholischen Kirche im Irak), Kardinal Charles Maung Bo (Erzbischof von Yangon in Burma), Kardinal Désiré Tsarahazana (Erzbischof von Toamasina in Madagaskar) und um Kardinal John Ribat, den Erzbischof von Port Moresby in Papua-Neuguinea.

Im Auftrag des Pontifex fungieren die vier delegierten Kardinäle als Präsidenten der Jugendsynode.

Der offizielle Titel der kommenden Synode ist „Jugend, Glaube und Unterscheidung der Berufung“. Es wird u.a. um Fragen der Sexualität, um Homosexualität und Gender, aber auch um Fragen der Verhütung und Abtreibung gehen. Auch soll über die Herausforderungen der biomedizinischen Ethik im 21. Jahrhundert diskutiert werden. (*Catholic News Agency 14.07.18*)

## Haft für Pastor

**Vanuatu:** Ein Pastor der *Apostolic Vanuatu Church* in Eratap hat wegen „unanständigen Verhaltens gegenüber Jugendlichen“ (engl. indecency) eine Haftstrafe von neun Monaten bekommen. Der Pfarrer, der im Brotberuf als Installateur arbeitet, hatte sich bei Reparaturarbeiten im Badezimmer eines Kunden einem jungen Mädchen unsittlich genähert.

Richter Daniel Fatiaki begründete sein mildes Urteil mit der Tatsache, dass der Pastor (Jahrgang 1973) der Alleinverdiener in der Familie sei und fünf Kinder ernähren müsse. Außerdem habe er ein umfangreiches Geständnis abgelegt und der Familie des Opfers eine traditionelle Versöhnungszeremonie angeboten.

Unsittliches Verhalten kann in Vanuatu mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet werden. (*Radio NZ Intern. 20.08.18, <http://www.sista.com.vu/pastor-jailed-for-indecency/>*)

## Beschwerde führt zu Haft

**Medan:** Weil sie sich über die Lautstärke der Gebetsrufe aus einer benachbarten Moschee beschwert hatte, ist eine Frau in Indonesien zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Die 44-jährige Buddhistin wurde Mitte August wegen Beleidigung des Islam schuldig gesprochen. Sie hatte eine Moschee in ihrer

Nachbarschaft gebeten, die Lautstärke ihrer Lautsprecher zu verringern, weil sie von den lauten Gebetsrufen Ohrenschmerzen bekomme.

Das Gericht in Medan auf der Insel Sumatra betonte, die Beschwerde der Frau vor zwei Jahren habe Unruhen und wütende Angriffe von Muslimen auf buddhistische Tempel ausgelöst. Der Anwalt der Frau kündigte Berufung gegen das Urteil an.

Die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* kritisierte das Urteil als „aberwitzigen Gerichtsentscheid“ und eklatanten Verstoß gegen die Meinungsfreiheit. Die Entscheidung der Richter sei ein weiteres Beispiel dafür, dass das umstrittene Blasphemiegesetz im mehrheitlich muslimischen Indonesien zunehmend willkürlich angewendet werde. (*afp 21.08.18*)

## Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:**  
Pfr. Thomas Paulsteiner und FSJ'ler

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.**  
Evangelische Bank  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

## Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE  
und  
**Mission**  
**EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern  
Hauptstraße 2 • 91564 Neudettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
[www.pazifik-infostelle.org](http://www.pazifik-infostelle.org)  
[www.mission-einewelt.de](http://www.mission-einewelt.de)